Stadt Sangerhausen

Stadtrat

Sangerhausen, 04.11.2022

Niederschrift der 29. Ratssitzung

Ort, Raum: Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526 Sangerhausen

Datum: 22.09.2022

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 20:38 Uhr

Anwesenheit:

Oberbürgermeister

Herr Sven Strauß	

Fraktionsmitglied CDU

Herr Thomas Klaube	von 16:49 Uhr bis 19:57 Uhr anwesend
Herr Volker Schachtel	
Herr Frank Schmiedl	
Herr Holger Scholz	bis 20:17 Uhr anwesend
Herr Andreas Skrypek	
Herr Frank Wedekind	
Herr Reinhard Windolph	

Fraktionsmitglied BOS/FDP/BV

Herr Karsten Pille	
Frau Monika Rauhut	
Herr Tim Schultze	
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	
Herr Torsten Wagner	bis 18:30 Uhr anwesend

Fraktionsmitglied DIE LINKE.

Herr Holger Hüttel	
Herr Klaus Kotzur	
Frau Sabine Künzel	
Frau Karoline Spröte	ab 16:47 Uhr anwesend

Fraktionsmitglied B.I.S.

Herr Harald Koch	
Frau Käthe Milus	
Herr Klaus Peche	
Frau Silke Seifert	

Fraktionsmitglied SPD/DIE GRÜNEN

Herr Norbert Jung	bis 18:36 Uhr anwesend
Herr Arndt Kemesies	
Herr Eberhard Nothmann	
Herr Helmut Schmidt	
Frau Kati Völkel	

Fraktionsmitglied AfD

Herr Andreas Gehlmann	
Herr Nico Siefke	von 16:03 Uhr bis 19:52 Uhr anwesend
Herr Martin Thunert	bis 19:31 Uhr anwesend
Herr Andreas Wunderlich	

sachkundige Einwohner/-innen

Herr Peter Dietrich
Herr Alexander Dobert
Herr Uwe Goerlich
Frau Nicole Holländer
Herr Matthias Redlich
Herr Axel Sell
Herr Günther Wagner

Ortsbürgermeister/in

Herr Daniel Maertens

Fachbereichsleiter

Frau Maria Diebes
Herr Udo Michael
Herr Jens Schuster

Referentin

Frau Annette Brenneiser

Protokollführer/-in

Frau Silke Schimmel
Frau Madeleine Schneegaß

Abwesend:

Fraktionsmitglied CDU

Frau Regina Stahlhacke	entschuldigt

Fraktionsmitglied BOS/FDP/BV

Herr Harald Oster	entschuldigt

Fraktionsmitglied DIE LINKE.

Herr Toni Künzel	entschuldigt

Fraktionsmitglied B.I.S.

Herr André Reick	entschuldigt

Tagesordnung gemäß Einladung:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2.	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3.	Genehmigung von Niederschriften
3.1.	Genehmigung der Niederschrift der 27. Ratssitzung vom 07.07.2022
3.2.	Genehmigung der Niederschrift der 28. Ratssitzung vom 03.08.2022
4.	Bericht des Oberbürgermeisters
5.	Arbeit der Wirtschaftsförderung
6.	Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7.	Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
7.1.	Abberufung, Berufung und Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates
7.2.	Berufung des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Lengefeld innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
7.3.	Satzung über die Erhebung von Kostenersatz in Form von Gebühren und Auslagen für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sangerhausen, außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)
7.4.	5. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen
7.5.	Ersatz der finanziellen dienstbezogenen Aufwendungen des Hauptverwaltungsbeamten

7.6. Annahme der Angebote von Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA i. V. m. §§ 7 und 9 der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen

7.7. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 37.000,00 € für Mehraufwendungen im Sachkonto 52410000 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen

7.8. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 45.000,00 € für die Grasmahd der Friedhöfe sowie Baumschnittarbeiten im Friedwald

7.9. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 236.814,60 € für die Bereitstellung von Fördermitteln zur Weiterleitung an die Städtische Wohnungsbau GmbH

7.10. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 1.486.108,00 € für die Festsetzung der Kreisumlage 2022

7.11. Beschluss über die Bestätigung des Jahresabschlusses der Stadt Sangerhausen zum 31.12.2017 und die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017

7.12. Aufhebung Sperrvermerk für Entnahme aus der SWG

7.13. Aufhebung Sperrvermerk für Entnahme aus der KBS

7.14. 1. Lesung der Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2023

7.15. 1. Lesung der 16. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025

8. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

8.1. Eilentscheidung gemäß § 65 (4) KVG zur Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA für Ersatzbeschaffungen von Spielgeräten in den Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen

8.2. Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 26 Abs. 1 KomHVO LSA - Stand 30.06.2022

9. Informationsvorlagen in nicht öffentlicher Sitzung

9.1. Information zu einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur fristwahrenden Klageerhebung gegen das Statistische Landesamt

10. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung

10.1. Bestätigung eines vom Gericht vorgeschlagenen Vergleiches zur Beendigung eines Rechtsstreites in der Ortschaft Obersdorf

10.2. Ermächtigung zum Abschluss eines Vergleiches im anhängigen Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Halle unter Berücksichtigung des Grundsatzbeschlusses zur Badsanierung in Wolfsberg

10.3. Weiteres Vorgehen im Rechtsstreit BUND gegen Stadt Sangerhausen im Verfahren Bebauungsplan Nr. 26 "Industriepark Mitteldeutschland"

10.4. Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (ohne Beschlussvorlage)

11. Informationen und Anfragen

12. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Protokolltext:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnete die 29. Stadtratssitzung und begrüßte die Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger, Gäste und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten. Die Einladung sowie die Verhandlungsgegenstände wurden ordnungsgemäß versendet.

Beschlussfähigkeit: Der Stadtrat ist beschlussfähig. 27 Ratsmitglieder sind anwesend.

Öffentlichkeit: Alle TOP 1. bis 8.2 und TOP 12. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 9 bis 11 werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Siefke kommt zur Sitzung 16:03 Uhr = 28 Anwesende

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Koch möchte die Ladung zum TOP 5 rügen. Die Fraktion B.I.S., die Fraktion BOS/FDP/BV, die Fraktion DIE LINKE. und die Fraktion SPD/DIE GRÜNEN hatten am 05.07.2022 einen Antrag für die übernächste Sitzung des Stadtrates auf einen Verhandlungsgegenstand zum Thema „Bericht über die Wirtschaftsförderung der Stadt Sangerhausen“ gestellt. Dies wäre heute. Nach KVG LSA sei es notwendig, dass der Hauptverwaltungsbeamte für diesen Verhandlungsgegenstand auf der Tagesordnung auch eine Beratungsunterlage vorbereitet und vorlegt. Insbesondere dann, wenn es sich um einen umfassenden Gegenstand handele. Das sei nicht erfolgt und rüge er. Nach KVG LSA sei dieser TOP von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Strauß nimmt die Rüge zur Kenntnis und habe auch keine Einwände, es von der Tagesordnung zu nehmen. Allerdings, was sachlich vorgetragen worden sei, sei sachlich

unrichtig. Es handele sich nicht um eine Beschlussvorlage, da es nichts zu beschließen gebe. Es handele sich um einen Bericht, so wie es gefordert worden sei. Die Tatsache, dass Herr Koch es heute, wenn hinreichend Publikum und Presse vorhanden sei, es vorbringe und nicht gestern in der Sitzung des Hauptausschusses, es nicht in der Sitzung des Verweisungshauptausschusses und auch in keiner der vorher stattfindenden Ausschüsse vorgebracht habe, zeige deutlich, was die Motivation von seinem Auftritt hier sei. Es gehe nicht darum, sachgerechte Ratsarbeit zu ermöglichen, sondern in irgendeiner Art und Weise hier eine Stimmung zu machen. Dies nehme er zur Kenntnis.

Herr Skrypek meint, dass der Stadtrat darüber befinden sollte, ob es auf der Tagesordnung verbleiben solle.

Herr Koch spricht den Oberbürgermeister an. Ihm gefalle die Art des Oberbürgermeisters nicht, auf sachliche Argumente zu reagieren. Es sei Empfinden des Oberbürgermeisters, wenn er hier unterstelle, dass man nur populistisch agiere. Im Übrigen mache er, und er denke auch die Rechtsprechung, keinen Unterschied zwischen Bericht und Beschlussfassung. Es gehe allgemein um einen sogenannten Verhandlungsgegenstand. Da werde nicht unterschieden zwischen Bericht oder Beschlussvorlage. Man habe klar formuliert, wozu man eine Information haben wollte und letztendlich auch über die Ausschüsse über dieses Dokument beraten wolle / Vorschläge unterbreiten wolle. Er nehme gern das Angebot an, dass es in der nächsten Sitzung richtig durchgeführt werde.

Abstimmung über die Absetzung des Tagesordnungspunktes 5

Ja-Stimmen	=	20
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	5

Der Tagesordnungspunkt 5 wurde abgesetzt und in der nächsten Sitzung behandelt.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

****

Geburtstage:

Herr Skrypek gratulierte im Namen des Stadtrates, Frau Monika Rauhut zum 75. Geburtstag.

Herr Strauß gratulierte ebenfalls und überreichte ein kleines Präsent (Anstecknadel Rose).

****

TOP 3 Genehmigung von Niederschriften

TOP 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 27. Ratssitzung vom 07.07.2022

Die Niederschrift wurde mit den Sitzungsunterlagen am 01.09.2022 versandt bzw. im Ratsinformationssystem eingestellt.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	26
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	2

Die Niederschrift der 27. Ratssitzung vom 07.07.2022 wurde mehrheitlich bestätigt.

TOP 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 28. Ratssitzung vom 03.08.2022

Die Niederschrift wurde mit den Sitzungsunterlagen am 01.09.2022 versandt bzw. im Ratsinformationssystem eingestellt.

Herr Koch sagt, man habe gesetzliche Vorschriften hinsichtlich der Anfertigung einer Niederschrift. Der Stadtrat Sangerhausen handhabe aber seit der Wende unter OB Dr. Czudaj, OB Kupfernagel, OB Poschmann und auch in Fortsetzung des OB Herrn Strauß des etwas anders. Es werden sehr viele Redebeiträge der Stadträte sinngemäß wiedergegeben. Nur wenn ein Stadtrat zu Beginn seiner Ausführung ausdrücklich darum bittet, dass diese in die Niederschrift aufzunehmen seien, muss es wortwörtlich aufgenommen werden. Das sei auch immer so gelaufen, nur diesmal musste er leider feststellen, dass aus seiner Sicht wesentliche Beiträge von Stadträten, insbesondere von ihm und auch von Herrn Gehlmann weggelassen worden seien. Sie wurden auch nicht sinngemäß wiedergegeben. Er habe es sich in der Tonaufzeichnung noch einmal angehört. Er benennt ein Beispiel. Unter anderem habe der Oberbürgermeister über die Energiesituation informiert und wie er gedenkt dagegen zu handeln. U. a. war auch dort seine Information, dass er festlegen werde, kein Warmwasser mehr für Sportstätten zur Verfügung zu stellen neben der Verwaltung etc. Und danach sei Herr Koch ans Mikrofon gegangen und habe sich dagegen verwahrt. Er habe gesagt, dass es nicht seine Intention sei und er habe von einem Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland gesprochen. Dann geht Frau Stahlhacke ans Mikrofon und fragt nach der Brücke in Wippra. Dies stehe drin. Der Oberbürgermeister antwortete. Dann geht Herr Gehlmann ans Mikrofon und sagt U.a. zum Schluss, dass er auch der Auffassung von Herrn Koch sei. Dann antwortet der Oberbürgermeister u. a. nach Ausführung allgemeiner Art, dass im Grunde genommen ein gutes Indiz dafür ist, dass man mit seiner Meinung falsch läge, wenn die AfD nickt. Da habe sich Herr Koch persönlich angesprochen gefühlt. Dies stehe nicht im Protokoll, auch nicht im Ansatz als Erwähnung. Herr Koch sei noch einmal an das Mikrofon und hat sich dagegen verwahrt. Er habe bemerkt, dass diese Bemerkung völlig daneben sei. Dies sei nur ein Beispiel, es gebe noch zwei andere Sachen. Wenn wir schon sinngemäß relevante Beiträge wiedergeben und er hält es für relevant diese Auseinandersetzung, weil sie zukunftswichtig ist, wie wir miteinander umgehen in der Argumentation zu sehr strittigen Themen. Er will es heute zur Niederschrift der heutigen Sitzung geben und lässt es damit sein.

Herr Gehlmann entschuldigt sich, dass er Herrn Koch zustimmen muss. Auch er habe schon öfters festgestellt, dass die Niederschriften nicht immer so sinngemäß wiedergegeben werden und Teile weggelassen werden. Es gebe Niederschriften, wo dabei schriftlich festgehalten worden sei, dass das Aufnahmegerät kaputt war und das Wortbeiträge weggelassen worden seien. Er möchte die Niederschriften jetzt nicht herausholen, aber was man auch festhalten müsse, dass seien die negativen Äußerungen des Oberbürgermeisters gegen die AfD. Da möchte er den Oberbürgermeister auch einmal ermahnen, in welcher Position er da vorn sitze und er seine persönlichen Empfindungen zurückstecken müsse. Der Oberbürgermeister habe sich neutral zu verhalten und den Stadtrat diskutieren zu lassen. Mal sehen, ob es die nächsten 2 Jahre noch funktioniere, ansonsten zeigte er sein persönliches Verhalten und das müsse er auch rügen. Der Stadtratsvorsitzende könne auch einmal

einschreiten, wenn der Oberbürgermeister über die Stränge schlage, weil es nicht das erste Mal sei und er hoffe, dass er sich auch einmal zurücknimmt. Privat könne er äußern, was er möchte, aber als Oberbürgermeister solle er parteienneutral vorn sitzen, dies sei seine Aufgabe.

Herr Skrypek müsse da Herrn Gehlmann widersprechen. Der Oberbürgermeister sei genauso ein Mitglied des Stadtrates, hat eine Stimme im Stadtrat und darf dort seine Meinung äußern. Wie er dies umsetze, das sei seine persönliche Geschichte. Aber er könne seine Meinung äußern und brauch sich nicht neutral zu verhalten.

Herr Strauß bedankt sich beim Ratsvorsitzenden. Er möchte es um ein Versprechen ergänzen. Werter Herr Gehlmann, auch werter Herr Koch, er verspreche ihnen, er werde auch weiterhin seine Meinung äußern. Er werde weiterhin geradlinig vorgehen und er werde weiterhin den Finger in die Wunde legen. Herr Gehlmann könne ihn rügen, das könne er gern versuchen, aber es stehe ihm nicht zu.

Herr Gehlmann fragt, was nun mit den fehlenden Einträgen sei, ob diese nachgeschrieben werden.

Herr Skrypek antwortet. Derjenige, welcher am Mikrofon sagt, er möchte diese Wortmeldung ins Protokoll niedergeschrieben haben, dann stehe diese Wortmeldung auch wortwörtlich im Protokoll. Herr Koch habe gesagt, dass er es zu Protokoll haben möchte und so werde es auch ins Protokoll aufgenommen.

Herr Gehlmann habe es so verstanden, dass, was er heute gesagt habe, dass es zu Protokoll haben möchte zusätzlich.

Herr Skrypek verneint. Herr Koch habe eben gesagt, er möchte diese Wortmeldung ins Protokoll. Er fragt bei Herrn Koch nach.

Herr Koch antwortet. Damit sei es erledigt.

Herr Skrypek sagt, wenn jemand zukünftig etwas ins Protokoll haben möchte, solle dies vor seiner Wortmeldung ankündigen, dann stehe diese wortwörtlich im Protokoll. Die Protokolle werden sonst sehr lang.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	= 17
Nein-Stimmen	= 4
Stimmenenthaltungen	= 7

Die Niederschrift der 28. Ratssitzung vom 03.08.2022 wurde mehrheitlich bestätigt.

TOP 4 Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Sitzung verteilt bzw. veröffentlicht.

TOP 5 Arbeit der Wirtschaftsförderung

Wurde abgesetzt von der Tagesordnung.

TOP 6 Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Peche spricht zum Oberbürgermeister und sagt, ob es nicht schön sei, wenn man den Finger immer in die Wunde lege. Ob der OB es sei oder sie als Stadträte, das bringe sie weiter. Man habe lange genug in Zeiten gelebt, wo es keine Demokratie gegeben habe. Wenn heute manche auf die Straße gehen und rufen: „Nieder mit der BRD. Diktatura und keine Diktatur mehr." Das sei schlimm, dann lieber den Finger in die Wunde legen und sich lieber streiten, auch unterschiedlicher Meinung seien und zum Schluss dann demokratisch Mehrheitsbeschlüsse fassen. Dies bringe den Stadtrat viel weiter und mache auch Spaß.
Er habe leider im Oberbürgermeisterbericht Informationen zur Marienkirche und dem Alten Rathaus vermisst. Am Mittwoch, dem 07.09.2022, fand die Sanierungsausschusssitzung statt. Er ist seit sehr vielen Jahren in diesem Ausschuss Mitglied und mache diese Arbeit mit Freude. Man habe interessante Themen im öffentlichen Teil gehabt u. a. den Wegweiser zum Mammutmuseum, Neugestaltung Schützenplatz, Änderung der Gestaltungssatzung in Bezug zu den Solaranlagen und gleichzeitigen Dachaufbauten. Auch die 1. Lesung zum Haushalt 2023 und das Haushaltskonsolidierungskonzept waren ein Thema. Es verlief sehr harmonisch, trotz unterschiedlicher Meinungen zu den einen oder anderen Punkten. Als beschließender Ausschuss hatten Sie noch 5 Beschlussvorlagen im nicht öffentlichen Teil, im Rahmen der Stadtsanierung und des städtebaulichen Denkmalschutzes, abzuarbeiten. Dann kam, womit der gesamte Ausschuss nicht gerecht habe. Die Sachstandsmeldung von der Verwaltung zum Alten Rathaus und zur Marienkirche. Nicht wie im Ausschuss festgelegt, nicht wie es im Finanzplan zur Stadtsanierung von dem städtebaulichen Denkmalschutz festgelegt worden sei (Stand Februar 2022), nicht wie der Oberbürgermeister es persönlich beim Vorort-Termin der vorletzten Ausschusssitzung in der Marienkirche zugesagt und dem Armen Kasten als Verein versprochen hatte, werde die Marienkirche im Anschluss des Goldenen Saals saniert. Nein, es komme anders. Die Verwaltung habe beim Landesverwaltungsamt zwecks Abstimmung von Fördermitteln, nicht die Marienkirche allein vorgestellt. Man habe dem Ausschuss mitgeteilt, dass neben der Marienkirche, die sie als Ausschuss einheitlich als Nachfolgeobjekt haben wollten, auch das alte Rathaus zur Sanierung mit vorgestellt habe. Und das Ergebnis der Beratung, jetzt sei auch Putin bei uns angekommen, dass aus energetischen Gesichtspunkten das Landesverwaltungsamt für die Sanierung des Rathauses Fördermittel in Aussicht stelle. Für die Marienkirche nicht. D. h. im Umkehrschluss, bei den umfangreichen Sanierungsbauarbeiten und technischen Ausrüstungsarbeiten, die im Rathaus unbestritten notwendig seien, könne man nicht damit rechnen, dass eine Sanierung der Marienkirche vor 2028/2029 oder 2030 beginnen werde. Er fragt, wo die kommunale Selbstverwaltung bleibe und was er als Stadtrat überhaupt noch mitgestalten könne. Er sei unheimlich enttäuscht und emotional so aufgeladen, dass es ihm sehr schwerfalle, die Arbeit, welcher er leidenschaftlich als Stadtrat gemacht habe, weiterhin so durchzuführen. Er fragt, ob man gänzlich wieder da angekommen sei, dass die da oben entscheiden und man habe nur zu reagieren. Er fragt, wofür unsere Steuermittel eingesetzt werden, wenn man es nicht entscheiden könne. Weiterhin fragt er, was Beschlüsse von Gemeinden, Ortschafts- und Stadträten überhaupt noch wert seien, wenn das Landesverwaltungsamt entscheidet, wohin und wie die Fördermittel fließen. Man habe keinen Einfluss darauf und unsere Meinung und Beschlüsse finden gar kein Gehör. Er fragt, wie ein Oberbürgermeister zu seinem Wort stehe und diesem Verein in die Augen schaue. Dieser Verein, welcher für die kulturelle Ausstattung der Stadt Sangerhausen, und sie nennen sich nicht umsonst Armer Kasten, ohne jegliche Fördermittel und Zuschüsse über das Jahr mindestens 10 bis 15 kulturelle Veranstaltungen in der Marienkirche oder im Café Colditz durchführe. Sie seien fast immer ausverkauft. Er fragt, wie der Stadtrat denen überhaupt noch gegenüberstehen könne. Er fragt, wo und auf welcher Ebene der Landesverwaltung man die Meinungsbildung von Stadträten so negieren könne. Dazu möchte er in den nächsten Tagen und Wochen konkrete Auskunft haben. Er möchte im Rahmen der Möglichkeiten, dass der Stadtrat sich beim Landesverwaltungsamt mit einbringe und Informationen erhält, warum man so entscheidet, warum man sie in die Richtung bringe und warum es so etwas überhaupt gibt.

Er habe weiterhin im Bericht des Oberbürgermeisters vermisst, dass seit Monaten Bürgerinnen und Bürger in der Stadt auf die Straße gehen. Dies müsse man auch im Stadtrat ansprechen. Man bekomme jeden Tag schreckliche Informationen und lebe in einer ganz bewegten Zeit. Putin sei ein Kriegstreiber für ihn und ein Kriegsverbrecher, welcher die Welt negativ verändert habe und man noch lange mit den Ausmaßen davon leben müsse. Es sei klar, dass in Brüssel und Berlin nicht auf alles in dieser kurzen Zeit und diesem Ausmaß richtig reagiert werden könne, aber vieles von dem, was dort festgelegt werde und was bei der Bevölkerung ankomme, treffe nicht mehr auf breite Zustimmung. Sehr viele Menschen aus allen Bevölkerungsschichten haben zurzeit große Sorgen und Bedenken, wie es mit ihnen persönlich und auch in ihren Familien weitergehe. Auch in der Stadt Sangerhausen und in anderen Orten gehen hunderte von Menschen wöchentlich auf die Straße. Es werden Reichsfahnen geschwenkt. Unter Trommelwirbel ertönen Sprechchöre: „Nieder mit der BRD. Diktatura." Dies sei schrecklich nach 30 Jahren der deutschen Einheit. Er fragt, ob diese Herrschaften wissen, wie schwierig es vor 30 Jahren war und welche Angst man hatte. Man könne stolz auf unsere Demokratie sein und man sollte sie bewahren. Man sollte die negativen Ausflösse, die jetzt hier entstanden seien, im Stadtrat ansprechen, thematisieren und sich darüber unterhalten, wie man dagegenwirken könne. Dies wünsche er sich von allen Stadträten, vom Oberbürgermeister und von der Verwaltung, da man in der letzten Zeit zu wenig getan habe. Er fordert auf, Flagge zu zeigen und nicht denen die Straße überlassen, die es so herum aus seiner Sicht nicht verdient haben.

Herr Hüttel sei immer davon ausgegangen, dass der Bericht des Oberbürgermeisters ein Bericht sei, der die Arbeit der Verwaltung zwischen den Ratssitzungen darstelle. Er habe nun aber immer mehr den Eindruck, es sei ein statistischer Bericht mit Zahlen, aber es gehe nicht um die Themen, die die Bürgerinnen und Bürger interessiere. Es fehle in der Vorlage das Problem der Warmwasserversorgung in den Sportstätten. Alle haben in der letzten Ratssitzung (03.08.2022) mit Entsetzen erfahren, dass der Oberbürgermeister diese Weisung gegeben habe, die Warmwasserversorgung in den Sportstätten der Stadt Sangerhausen außer Betrieb zu nehmen. Alle Fraktionen haben sich gegen diese Weisung ausgesprochen und man habe sich gefreut, als am 13.09.2022 in der Mitteldeutschen Zeitung stand, dass das Warmwasser wieder angestellt werde. Am 17.09.2022 kam die Kehrtwende der Wende. Der Oberbürgermeister habe die Weisung nicht zurückgenommen. Er bittet darum, dass der Oberbürgermeister noch einmal erklärt, was ihn dazu gebracht habe, diese Warmwasserversorgung in den Sportstätten abzuschalten. Es gebe eine Verordnung der Bundesregierung, wo explizit ausgewiesen sei, dass Sportstätten davon ausgenommen werden können. Man sei die einzige Gemeinde im Landkreis Mansfeld-Südharz, die diese Regelung getroffen habe. Er fragt, warum dieses Thema nicht Teil des Berichts des Oberbürgermeisters sei.

Frau Spröte kommt zur Sitzung 16:47 Uhr = 29 Anwesende
Herr Klaube kommt zur Sitzung 16:49 Uhr = 30 Anwesende

Herr Koch meint, Herr Hüttel habe schon einiges zu dem Thema Warmwasserversorgung in den Sportstätten der Stadt Sangerhausen gesagt. Am 03.08.2022 war seines Erachtens im Stadtrat schon spürbar, als der Oberbürgermeister informiert habe, mit eigentlich zwei Redebeiträgen, den von ihm und auch von Helmut Schmidt, wo doch auch auf dem Tonband deutlich zu hören sei, dass viele auf den Tisch geklopft haben. Er als Oberbürgermeister hätte da entgegengenommen, im Stadtrat gibt es eine andere Auffassung dazu. Die Frage sei auch, warum habe er dazu informiert. Er denke, der Oberbürgermeister habe beabsichtigt, hier den Stadtrat bei der Entscheidung mitzunehmen, aber dies sei aus seiner Sicht nicht so gelaufen. Aber der Oberbürgermeister habe es angewiesen und es wurde umgesetzt. Am 07.09.2022 im Sanierungsausschuss hat man sich darüber unterhalten und da kam die Idee auf, als Stadtrat zu handeln. Hier war die Frage, wie man kommunalrechtlich vorgehen könne und ob man es dürfe. Er habe sich mit Holger Hüttel hingesetzt und eine Beschlussvorlage mit dem Titel Rücknahme dieser Entscheidung erarbeitet, um sie fristge-

mäß im Rahmen der Geschäftsordnung spätestens 1 Woche vor Sitzungsbeginn auf die Tagesordnung zu bringen und entscheiden zu lassen. Aber dann war am 13.09.2022 die Meldung in der Zeitung. Übrigens nicht von Herrn Stubert verschuldet, welcher wahrheitsgetreu berichtet hatte. Es war also keine Ente, sondern es war eine Information. Da habe man gesagt, die Sache sei erledigt. Er hatte aber ein ungutes Gefühl. Er komme aus der Verwaltung und habe viele Jahre dort gearbeitet. Er glaube nur das, was er auch von demjenigen, der hier was verkündet, schriftlich sehe. Da war jetzt die Frage, die Frist sei abgelaufen, was mache man. Er sei der Meinung, es gebe eine breite Mehrheit in diesem Stadtrat, die ähnlicher Auffassung sei. Er möchte noch folgendes sagen. Er sei auch ein Mensch, der in Zusammenhängen die Dinge beobachtet. Ihm sei aufgefallen, als er im Garten sitzt, die Straßenbeleuchtung gehe an. Er vermutete, sie sei geschaltet mit der Uhrzeit, welche in den Wetterdaten als Sonnenuntergang festgehalten sei. Eine halbe Stunde könne er auf der Straße noch Zeitung lesen. Die Straßenbeleuchtung brennt. Früh umgekehrt genau dasselbe. Die Sonne sei aufgegangen, noch nicht über dem Horizont, aber es sei hell genug. Eine halbe Stunde später geht die Straßenbeleuchtung aus. 1 Stunde pro Tag brennt die Straßenbeleuchtung weiter mit überwiegend Natriumdampflampen. Sie haben keinen hohen Energieverbrauch. Aber man schaffe es nicht, das zu regulieren. Er wisse nicht, warum. Er will keinem etwas unterstellen oder beschuldigen, aber Warmwasser abdrehen für Sportler, das gehe ganz einfach. Dann komme noch dazu, dass er gehört habe, vielleicht können es die Vertreter der Sportvereine dann sagen, es soll so in Riestedt sein, der Hahn, der Ablauf aus diesem Warmwasserbehälter sei abgedreht. Es komme kein warmes Wasser mehr heraus, aber das Warmwasser werde nach wie vor im warmen Kessel beheizt. Das sei für ihn Aktionismus im höchsten Ton. Er habe wieder ein Déjà-vu. Dies habe er alles schon einmal miterlebt, nur unter anderen Gesellschaftsverhältnissen. Er komme nun zur Sache. Die Bürgerinitiative, die Fraktion DIE LINKE. und auch SPD/DIE GRÜNEN, und er denke, einige würden es auch noch mitunterschreiben, stellen folgenden Antrag:

Hiermit beantragen die Unterzeichnenden, dass der Stadtrat Sangerhausen beschließen möge:
Die Entscheidung bzw. Festlegung des Oberbürgermeisters, kein Warmwasser mehr für die städtischen Sporteinrichtungen zur Verfügung zu stellen, wird unverzüglich zurückgenommen / aufgehoben. Die Warmwasserversorgung ist für diese Einrichtungen im Rahmen der „Verordnung der Bundesregierung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (Kurzfristenenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung – EnSikuMaV)“ weiterhin bereitzustellen.

Das stellen sie zur Abstimmung. Er sagt, wer noch mitunterzeichnen möchte, kann dies mitmachen. Den Antrag übergibt er dem Stadtratsvorsitzenden.

Herr Schmidt war im gestrigen Kreistag. Es hatte ihn aufgrund der freien Grundschule / Sekundarschule Riestedt aufgesucht. Sie waren nur 3 Bürger, welche anwesend waren. Es ging auch dort um das Thema duschen und warmes Wasser im Landkreis. Ein Kreistagsmitglied aus Hettstedt hat sich dazu beschwert. Das wurde aber einfach als nichtig erledigt betrachtet. Dann sagte der Landrat Herr Schröder in seinem Geschäftsbericht, dass es nur eine vorübergehende Maßnahme sei. Hier hat er aber nicht gesagt, wie lange diese gehe. Des Weiteren kam er mit der nächsten Hiobsbotschaft in seinem Bericht, dass im nächsten Jahr die Nutzungsgebühren in den kreiseigenen Hallen steigen werden. Und man höre im Hintergrund *drastisch*. Nicht ein Kreistagsmitglied sei aufgestanden und habe die Frage nach der Gebührenerhöhung gestellt oder mit dem Warmwasserduschen. Keiner! Draußen habe er sich die Frage gestellt, in welchem Theater er doch gerade gewesen sei. Da könne man hier im Stadtrat froh sein, dass man so offen miteinander umgehe.
Nun komme er zu dem Thema duschen bei der Stadt Sangerhausen. Er benenne Fakten, damit jeder weiß, wovon er rede. Seit 1957 sei er im Sportverein. Er habe alles mitgemacht und man habe immer warm geduscht, bis vor kurzem nicht mehr. Jetzt dürfe man in der

Stadt Sangerhausen nicht mehr duschen. In Emseloh oder in Pölsfeld könne man warm duschen. Da frage er sich, wo man denn hier sei. Er fragt, warum es so wichtig sei und was für Konsequenzen erfolgen können. Er habe mit Schiedsrichtern gesprochen, die drohen damit, kein Spiel mehr zu pfeifen, wenn sie nicht duschen dürfen. Es würden dann die Spiele ausfallen. Des Weiteren gebe es Sportlerinnen und Sportler, die aus gesundheitlichen Gründen gar nicht kalt duschen dürfen. Er benennt ein Beispiel. Fußball VfB Sangerhausen / Riestedt spielen bei strömenden Regen bei gefühlten 8 bis 10 Grad. Hier müsse man nachvollziehen, dass die Sportlerinnen und Sportler sich nach dem Spiel auf das warme Duschen freuen, damit sie wieder Wärme bekommen. Der Winter stehe auch vor der Tür. Nicht nur die Tischtennisfrauen in Riestedt, auch die anderen Sportvereine, ob das der ASV Sangerhausen e. V., der VfB Sangerhausen oder die Ringer usw. seien, sie bestreiten Wettkämpfe und nach den Wettkämpfen nicht duschen zu können, das gehe nicht. Kommendes Wochenende habe man eine Mannschaft aus Bayern zu Gast. Werden die nach Hause fahren und sagen, sie durften nicht duschen, da werde Herr Söder sagen, sie waren im Osten gewesen. Es gebe eine Bundesverordnung „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen“ und hier sage der § 7 warmes duschen aus. Lasse man das warme duschen - die Heizung weg, dann bestehe die große Gefahr, dass die Leitungen durch Legionellen verseucht werden. Diese frei zu spülen koste Geld, mehr als die Heizung laufen zu lassen. Er stellt die Frage, wieviel denn eigentlich duschen gehen und was ein Duschvorgang koste. Man wolle doch nicht nur, dass die Kosten bei der Stadt hängen bleiben. Nach Rücksprache mit den Sportlerinnen und Sportler könne man darüber reden. Nehme man pro Duschgang / pro Person einen EURO. Nun komme er zu Herrn Michael, Fachbereichsleiter Bürgerservice. Er hatte die Bundesverordnung umgesetzt, was aus seiner Sicht richtig war. Jetzt müsse unbedingt der Fachbereich Bürgerservice und die Vereine noch einmal an einen Tisch und darüber reden, wie sie es gestalten wollen. An dieser Stelle möchte er trotzdem die Leistung des Herrn Michael lobend erwähnen. Vor 10-15 Jahren habe fast alles die Stadt gemacht, doch von Jahr zu Jahr wurde es weniger, sodass die Vereine hier inzwischen den Rasen mähen und vieles Weitere. In Riestedt z. B. wurde von den Vereinen angestoßen, dass das Flutlicht in LED-Licht zu ändern sei und sie sich finanziell daran beteiligt haben. Es sei nicht so, dass sie nicht wollen. Am Ende könne er nur die Empfehlung aussprechen, dass Herr Oberbürgermeister seine Meinung ändere und er das Warmduschen wieder freigebe. Seine Fraktion hatte auch einen Antrag, welcher ähnlich wie der von der Fraktion B.I.S. sei. Sie werden diesen Antrag nun voll unterstützen und er denke, dass ab morgen wieder geduscht werden könne.

Herr Nothmann sei stellv. Ortsbürgermeister in Obersdorf. Er beginne mit den Problemen in Obersdorf. Seit 2 Sitzungen des Ortschaftsrates mahnen sie an, dass auf den Weg zur hohen Linde 2 Bäume entfernt werden sollen. Es tue sich nichts. Es sei eine Fläche, welche vom Borkenkäfer kahlgefressen worden sei. Sollte es dort brennen, werde die Feuerwehr nicht durchkommen. Er bittet darum, dass dies zeitnah erledigt werde. Weiterhin habe der Oberbürgermeister nicht das Kobermännchenfest angesprochen. Es war eine tolle Veranstaltung, auch für die Vereine. Nur das einzige Problem war, dass keine Toiletten vorhanden waren. Die Besucher seien zu ihnen gekommen und haben danach gefragt. Sie standen bei der Straße für Vereine. Es war am Samstag eine Rockband anwesend, mit einer Leistung von 101 dB. Am Sonntag war eine Kapelle ab 13 Uhr mit 110 dB da. Einige Besucher seien umgedreht, da sie den Krach nicht hören wollten. Verantwortlich sei dafür der Oberbürgermeister. Er spreche für alle Vereine. Die Vereine sagen, wenn sich das nicht ändere, kommen sie nächstes Jahr nicht wieder. Die Musik passte dort einfach nicht hin.
Weiterhin spricht er 2 Beschlussvorlagen an. Einmal die Kita-Gebühren und einmal die Besoldungserhöhung für den Oberbürgermeister. Es beiße sich genauso wie mit dem kalt duschen. Es könne nicht sein, dass die Leute, welche noch auf Arbeit gehen, mehr bezahlen sollen. Die Hartz-IV-Empfänger und sozialen Schwachen zahlen keine Kindergartengebühren. Dies könne nicht sein. Hier fordere er den Hauptverwaltungsbeamten auf, diese 2 Vorlagen zurückzuziehen und das Geld, was er mehr bekomme, den Vereinen zugutekommen lässt.

Er habe vor 3 Monaten die Anregung gegeben, dass man Geld für den Betrieb von Windkrafträdern bekommen könnte. Da habe der Oberbürgermeister ihn beleidigt und gesagt, er würde spinnen. Dies war in Riestedt als die Bürgerinitiative getagt habe. Nun habe er sich die Mühe gemacht und Verbindung aufgenommen mit einem Bundestagsabgeordneten, welcher Mitglied im Ausschuss für Energie sei. Man hätte schon vorher für die Windkraftanlagen einen Antrag stellen können und 0,2 Cent pro kWh von der Bundesregierung bekommen, nicht von dem Betreiber. Im Juli 2022 wurde diese EEG-Umlage novelliert. Hier sei die Möglichkeit, dass man für Photovoltaikanlagen, welche reichlich in der Stadt vorhanden seien, und für Windkraftanlagen einen Antrag stellen und Geld bekommen könne. Er habe einen Brief aus Berlin bekommen, welchen er dem Oberbürgermeister überreicht. Ein Beispiel wäre etwa 30.000 EUR / Windkraftanlage. Er sei der Meinung, dass dies nicht seine Aufgabe gewesen sei, sondern Aufgabe des Oberbürgermeisters.
Weiterhin sei er der Meinung, dass die Gemeinde Obersdorf in Verruf gekommen sei, vor allem beim Oberbürgermeister. Man habe eine Behindertenunterkunft mit 50 ständigen Gästen, 25 Tagesgästen und 50 Beschäftigten. In einer Sitzung des Ortschaftsrates sei ihnen bekannt gegeben worden, dass der Winterdienst nicht mehr vorrangig gemacht werden soll für diese Behinderten. Der Oberbürgermeister verstoße ständig gegen den Vertrag der Gemeinde Obersdorf mit der Stadt Sangerhausen, weil diese Sachen gemeinsam mit den Ortschaften geregelt werden müssen. Dies tue er aber nicht. Diese Straße werde auch unterspült. Es seien 20 cm tiefe Rillen vorhanden. Er habe es in jeder Bauausschusssitzung angemahnt. Verletzt sich dort ein Fahrradfahrer, dann werde er sagen, dies sei grob vorsätzlich gewesen. Den größten Schildbürgerstreich habe sich der Winterdienst 2021 geleistet. Dieses Objekt habe auch eine Verbindung nach Wettelrode. Man habe den Schnee auf den Verbindungsweg geschoben, sodass keiner mehr eine Notfahrt nach Wettelrode hatte. Man müsse für die Behinderten sorgen.
Als Nächstes werden ihm die Stadträte zustimmen, denn man sollte der Ortschaft Wolfsberg für den Gewinn des Landeswettbewerbes „Unser Dorf hat Zukunft“ gratulieren. Dies habe der Oberbürgermeister bis heute nicht getan. Er meine, man könne darauf stolz sein, wenn im Landkreis so eine Auszeichnung erfolge.
Weiterhin spricht er den Oberbürgermeister direkt an. Er meint, wenn er den Aufgaben nicht gewachsen sei, dass andere könne er sich denken.

Herr Schmiedl sagt, die Bundesregierung kümmere sich für den Einen zu viel und für den Anderen zu wenig, um das Thema Energie einsparen. Das man Energie einsparen müsse sei allen klar, aber ob man zu Hause dusche oder im Sportverein ändere die Energiemenge nicht. Problem sei, wer zum Schluss die Energie bezahle. Er sei Herrn Schmidt dankbar, dass er mit seinen Sportvereinen sich Gedanken gemacht habe, wie man das Problem lösen könne. Er würde nun den Oberbürgermeister bitten sich der Sache mit Herrn Michael anzunehmen, um eine Lösung zu finden, dass Duschen im Verein nach dem Sport möglich sei, wenn man eine entsprechende Gegenfinanzierung sicherstellen könne. Man könne nicht immer wieder sagen, dass man es finanziere, lehne aber Gebührenerhöhungen und Entnahmen ab. Es müsse geschaut werden, dass dies mit Augenmaß passiert. So wie es Herr Schmidt kommuniziert habe, sei er dafür, die Einstellung als Stadt noch einmal zu ändern.

Herr Wagner spricht den Wirtschaftsweg zwischen den Ortschaften Riestedt und Oberröblingen an, welcher von einer Bahn südlich von Riestedt geteilt werde. Es gibt einen beschrankten Bahnübergang. Der Weg werde rege von Fahrradfahrern, Wanderern aber auch von Autofahrern genutzt. Diese Schranke sei seit Sommer gesperrt. Sie als Landwirte bekamen 2 Tage vor der Schließung von der Bahn einen Anruf mit der Information, dass der Bahnübergang gesperrt werde. Es sei für die Landwirte sehr schwierig, da die alternativen Umwege sehr schlecht seien (Erdwege). Er gibt eine Bahnüberführung, die man teilweise zu Fuß nicht begehen könne, weil sie bereits so schlecht sei. In den vergangenen 30 Jahren haben sie bereits in eigener Initiative notdürftig etwas ausgebessert, aber sie seien nicht Eigentümer der Wege. Da es sich hauptsächlich um Erdwege handele und diese mit Schotter aus-

gebessert werden, hält es nicht lange. Er habe sich daraufhin an die Deutsche Bahn gewandt und das Problem dargestellt, mit der Bitte um baldige Öffnung der Schranke. Herr Hendrich habe ihm per Mail geantwortet. Die verkehrsrechtlichen Anordnungen seien in Absprache mit der Stadtverwaltung Sangerhausen erfolgt und der Bahnübergang bleibe bis 30.11.2022 geschlossen. Die Beschilderung wurde auch vom Bauhof Sangerhausen durchgeführt. Er fordere die Verwaltung auf, wenn so ein wichtiger Wirtschaftsweg wieder gesperrt werden solle, dies rechtzeitig bekannt zu geben, zumindest über den Ortsbürgermeister. Der Weg sei vor 20 Jahren mit vielen Steuergeldern ausgebaut und asphaltiert wurden und stehe im Radwegenetz. Es werde einfach ein Weg gesperrt, weil die Bahn keine Leute habe. In Zeiten der Digitalisierung stelle er sich die Frage, warum nach 30 Jahren immer noch ein Beschäftigter die Bahnschranke bedienen müsse. Er bittet um Unterstützung, dass dieser Bahnübergang schnellstmöglich wieder geöffnet werde.

Herr Strauß nehme den Hinweis bzw. die Kritik von Herrn Wagner, das zukünftig stärker zu kommunizieren, gern mit. Er könne nun mitteilen, dass eine Halbschranke geplant und umgesetzt werden solle. Weitere Details werden mitgeteilt, sobald man Näheres wisse.
Er bezieht sich auf die Aussagen von Herrn Nothmann. Dem einen oder anderen sei es nicht ganz vorbeigegangen, dass eine emotionale Diskrepanz bestehe. Vielleicht damit begründet, somit müsse er Herrn Nothmann korrigieren, habe er nicht gesagt, „sie spinnen“, sondern sinngemäß er lüge, also Herr Nothmann würde die Unwahrheit sagen. Das war eine Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen Windkraft in Riestedt. Hier habe Herr Nothmann sich hingestellt und Frau Diebes unterstellt, sie würde mit den Windkraftanlagenbauern im Vorfeld alles abstimmen. Da habe er gesagt, dies stimme nicht, hier lüge Herr Nothmann. Er bittet ihn, solche Unwahrheiten zukünftig zu unterlassen. Die angesprochenen 0,2 Cent sei ein wertvoller Hinweis. Bisher war es tatsächlich so, dass es nur bei einer Neuerrichtung von Windkraftanlagen möglich war. In Riestedt war die Begeisterung über Neuanlagen von Windkraftanlagen zumindest an der vorgesehenen Stelle eher weniger ausgeprägt. Jetzt sei eine Novellierung in Sicht, daher nehme er es gern mit und bedankt sich für die Unterlagen.
Das Thema Winterdienst in Obersdorf habe Herr Nothmann bereits in der letzten Sitzung angesprochen und er habe dazu auch geantwortet. Er möchte es nun nicht in jeder Stadtratssitzung wiederholen, da sich am Ergebnis nichts ändern werde. Aber wenn es gewünscht sei und die Presse oder ein Ausschuss noch eine Frage dazu habe, könne er es gern noch einmal erläutern.
Weiterhin bestätigt er die Aussage, dass er auch für die öffentlichen Toilettenanlagen in Sangerhausen zuständig sei. Diese Aufgabe des Oberbürgermeisters sei breit gesät. Beim Kobermännchenfest standen verschiedene öffentliche Toilettenanlagen zur Verfügung. Man hatte eine öffentliche Toilettenanlage am Bahnhof, an der Marienanlage, am Markt und es gab eine zusätzliche öffentliche Toilettenanlage im Festgebiet auf dem Marktplatz. Insoweit seien einige Toiletten vorhanden gewesen. An der Marienanlage gab es Probleme mit der Reinigung, aber dies werde mit dem Anbieter noch ausgewertet. Es könne nicht alles perfekt verlaufen. Ansonsten sei Festmusik immer Geschmackssache. Er nehme aber gern die Anregungen des Vereines mit. In der nächsten Woche findet die Sitzung des Gewerbevereins statt, der Ausrichter dieses Festes sei. Hier werde das Kobermännchenfest ausgewertet und die Hinweise besprochen. Man müsse schauen, wie im nächsten Jahr der Bereich der Marienanlage / Marienkirche gestaltet werde.
Nun zum Thema warmes duschen in den Turnhallen. Er sei bei einer Sache nah bei Herrn Schmidt. Es sei schwierig, wenn man nah beieinander liege, z. B. Riestedt und Emseloh. An der einen Stelle könne man warm duschen und an der anderen Stelle nicht. Ähnlich sei es, wenn man es sofort aufhebe, auch im Stadtgebiet von Sangerhausen. Bei der Turnhalle Grundschule Süd-West sei es, wenn man es ändert und aufhebt, das warme Duschen wieder möglich. Gegenüber auf der anderen Straßenseite bei der Pestalozzi-Schule, die Turnhalle des Landkreises, sei es weiterhin nicht möglich. Deshalb finde er es ein wenig schade, dass so der Eindruck entstehe, man habe ausschließlich städtische Turnhallen in unserem Gebiet. Man habe Turnhallen des Kreises als auch der Stadt. Gestern in der Kreistagssitzung kam das Thema am Rande zur Sprache, es war kein Interessenvertreter anwesend,

aber das war okay. Vielleicht eine kurze Begründung, warum das Ganze. Es war ihm klar, dass es nicht auf Begeisterung stoße. Man habe von MITGAS die aktuellen Zahlen heraussuchen lassen. Heraus sticht die Zweifelderhalle in Riestedt. Bei dieser Turnhalle steigen ab 01.11.2022 die monatlichen Abschläge für den Gasverbrauch von 2.000 EUR auf 20.000 EUR. Man hatte im Jahr 2021 in dieser Zweifelderhalle einen Gasverbrauch von 360.000 kWh. Das entspreche ungefähr 20 Einfamilienhäuser mit einem 4-köpfigen Haushalt. Nur, dass sie ein Gefühl dafür bekommen, worüber man hier spreche. Man sei jetzt schon bei den über 300.000 EUR, die man bereits beschlossen habe, weil man mehr ausgeben müsse und es kommen jetzt noch einmal (nur MITGAS) 90.000 EUR dazu, neben den anderen Einrichtungen. Er werde den Stadtrat bis zum Ende des Jahres noch mit weiteren 300.000 EUR bis 400.000 EUR Mehrkosten konfrontieren müssen. Er sei Herrn Michael sehr dankbar, weil er bereits im Vorfeld den Kontakt und die Gespräche mit den Vereinen gesucht habe. Es wurden Vorschläge gesammelt, wie man mit der Situation umgehen könne. Bisher waren viele interessante Vorschläge dabei, auch insbesondere Schilder aufzuhängen, die Mitglieder dafür zu sensibilisieren, sparsam umzugehen, das Licht zeitiger auszuschalten. Er finde es sehr gut, auch wenn es gerade in Riestedt diese 18.000 EUR Mehrkosten nicht decken werde, dass man sage, man wolle einen kleinen Beitrag leisten diese Situation für die Stadt zu entschärfen. Er könne sich sehr gut mit dem Vorschlag anfreunden, zunächst auf Vertrauensbasis, dass die Vereine sich in geringen Maß an den Kosten für das Duschen beteiligen - 1 EUR pro Duschgang. Er werde den Stadträten in der Folge, so ähnlich wie es im November beim Landkreis Mansfeld-Südharz passieren werde, ein Vorschlag unterbreiten, wie man zukünftig die Vereine insgesamt an den Betriebskosten in den Turnhallen beteilige. Bisher sei es so, dass ausschließlich die Schwimmvereine für die Sawanne sich an den Kosten beteiligen müssen. Er glaubt, es sei an der Zeit, das zu überdenken. Er werde den Stadträten in einer der nächsten Sitzungen dazu ein Vorschlag vorlegen, der sich sicherlich an dem Vorschlag orientiert, was der Landkreis beschließt. Gut finde er es, wenn das Vorgehen innerhalb der Stadt mit den Vereinen gleich sei. Er meint, wenn die Vereine einverstanden seien, auch vertrauensvoll einen gewissen Beitrag leisten zu können, könne man aus seiner Sicht auf die Anträge zu verzichten.

Herr Nothmann sagt, er müsse sich vom Oberbürgermeister nicht sagen lassen, er habe gelogen. Er spricht den Oberbürgermeister direkt an und sagt, entweder er nehme es zurück oder er stelle jetzt den Antrag, dass Herr Strauß versuchen sollte, hier nicht mehr Oberbürgermeister zu sein. Er begründet seine Aussage. Der Oberbürgermeister sei in der sozialdemokratischen Partei und das was er mit dem Behindertenheim mache, habe nichts mit sozial zu tun. Herr Strauß solle sich überlegen, was er sage. Des Weiteren stehe im § 5 c der Vereinbarung zwischen Kommunen und der Stadt Sangerhausen die Straßenreinigung. Unter Straßenreinigung verstehe er auch den Winterdienst. Dies könne der Oberbürgermeister nur gemeinsam mit den Ortschaftsräten bestimmen. Er solle sich an die Gesetze halten, denn sonst lüge er.

Herr Schmidt nimmt Bezug auf die Aussagen von Herr Nothmann und sagt, was hier gerade in einer öffentlichen Sitzung passiere, sei nicht tragbar. Sie alle wüssten, wie schwer in den gerade aktuellen Zeiten es ein Oberbürgermeister habe. Man müsse auch die Vorgänger des Oberbürgermeisters erwähnen, nicht alles habe Herr Strauß gemacht. Er hoffe, dass Herr Nothmann heute nur noch zur Sache bzw. zu den Beschlussvorlagen rede.
Nun spricht er den Windpark in Riestedt an. Er persönlich habe keine neuen Entwicklungen in dieser Sache. In dem Punkt habe er mit dem Oberbürgermeister und mit Frau Diebes immer ein offenes Gespräch geführt. Im nächsten Monat tage der Regionalausschuss in Quedlingburg, welchen er dann besucht. Zum Thema duschen. Die Stadträte von Sangerhausen bewegen sich, sie wollen, dass wieder warm geduscht werde. Er sagt, wenn die im Kreistag alle sitzenbleiben, dann haben die ein Problem und nicht wir. Auch die Kreistagsmitglieder seien alle von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Bestehe eine Not, dann erwarten die

Leute Hilfe. Hilfe von dem Stadtrat und vom Oberbürgermeister. Die Kreistagsmitglieder sollten sich bewegen, dann komme man auf den richtigen Zweig und man könne sagen, “hier in der Stadt Sangerhausen werde wieder geduscht“.

Herr Hüttel fehlte weiterhin im Bericht des Oberbürgermeisters das Thema Energieversorgung in Sangerhausen. Der Oberbürgermeister habe es eben auf die Institutionen Sporthallen bezogen (Problem MITGAS). Viele haben in den Ortsteilen, vor allem in Riestedt und Oberröblingen, riesige Probleme mit Energieabschlägen von 1.000 EUR, teilweise über 1.000 EUR. Er fragt, wie sie das bezahlen sollen. Dies hätte er gern im Bericht des Oberbürgermeisters gehabt. Der Oberbürgermeister sei Gesellschafter der SWS. Die meisten müssen kündigen bzw. werden gekündigt und gehen dann in die SWS. Im Bürgerbüro seiner Fraktion kommen verstärkt diese Anfragen an, wie z. B. was könne man überhaupt noch machen? Die Situation in der SWS werde dadurch auch nicht einfacher, weil es Altverträge gebe und wenn plötzlich viele Kunden kommen für Gas und Strom, wissen sie auch nicht mehr, wie sie es bezahlen sollen. Er habe dieses Thema öfters angesprochen, bekomme aber immer zur Antwort, ihm erschließen sich die Fragen nicht. Er bittet nun darum zu klären, wie es hier weitergehen solle und was man machen könne, um den Bürgerinnen und Bürgern zu mindestens die Angst zu nehmen. Ohne Gas und ohne Strom werde keiner dastehen, aber man habe das Thema erkannt und dass man versuche, wo es möglich sei, umzusteuern.

Herr Siefke möchte Herrn Hüttel noch ergänzen. Es werde nicht an Gas mangeln, die Leute können es nur nicht mehr bezahlen.

Herr Skrypek erläutert, dass mit diesem Antrag der Stadtrat die eigene Geschäftsordnung aushebelt. Dies wisse Herr Koch. Es sei traurig, wenn sich der Stadtrat nicht mehr nach der Geschäftsordnung richte. Der Oberbürgermeister habe dem Stadtrat einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Er könnte diesen Antrag als Willensbekundung werten. Er fragt, ob die Unterzeichnenden des Antrages dies akzeptieren werden. Er könnte sich dann vorstellen, dass man eine Abstimmung zu einer Willensbekundung durchführe. Ansonsten könne er nur Anträge, welche auf der Tagesordnung stehen, abstimmen lassen. Er liest § 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung vor.

Herr Koch sagt, dass es in der Kommunalverfassung eine allgemeine Regelung gibt. Jedes Mitglied des Rates, welches dem entsprechenden Ausschuss angehört oder dem Stadtrat, habe das Recht Anträge zu stellen. Es gehe nun darum, inwieweit dieser Antrag einen Bezugspunkt zur Tagesordnung habe. Dieser sei gegeben. Man habe den Bericht des Oberbürgermeisters gehört. Es gab eine Frage und Ausführungen zum Thema Warmwasserversorgung. Hier sei ein konkreter Bezugspunkt zur Tagesordnung. Er bittet darum, genau zu überlegen, wie man kommunalrechtlich vorgehe. Die Öffentlichkeit werde es beobachten, wenn man hier wegen Formalitäten eine Entscheidung zurückstelle, wo doch eine Mehrheit im Stadtrat geneigt sei. Danach können alle anderen Absprachen und Aktivitäten eingeleitet werden. Dies sei eine grundsätzliche Entscheidung. Der Oberbürgermeister könne danach Widerspruch mit einer Begründung einlegen. Man sollte nur heute über den Antrag abstimmen.

Herr Schuster erläutert § 43 Abs. 3 KVG LSA. Man habe es nicht als Beschlussvorlage auf der Tagesordnung, daher auch der Hinweis, dass man die Geschäftsordnung des Stadtrates aushebelt. Früher habe man schon einmal außerhalb der Tagesordnung eine Willensbekundung gemacht, um daraus einen Arbeitsauftrag oder eine deutliche Positionierung zu geben.

Herr Strauß unterbreitet einen Vorschlag. Ab morgen darf wieder warm geduscht werden. Die Sportvereine organisieren sich selbst. Ein gewisser Beitrag z. B. 1 EUR pro Duschgang werde geleistet und dieser werde an die Stadt Sangerhausen abgeführt oder zur Aufwands-

minderung zur Verfügung gestellt. Er würde dem Stadtrat auch, analog der noch zu fassenden Beschlüsse im Kreistag, demnächst eine entsprechende Satzung vorlegen, über die sie dann zu befinden haben. Man benötige nun keinen Beschluss und keine Abstimmung. Er hätte nur gern ein Meinungsbild von den Sportvereinen und Stadträten, ob dies ein gangbarer Weg sei. Er bittet um eine kurze Unterbrechung.

Herr Skrypek stelle nun den Antrag auf eine kurze Unterbrechung und bittet um Abstimmung.

Der Stadtrat stimmt einstimmig zu.

Herr Skrypek geht in eine Pause.

Pause von 17:39 Uhr bis 17:57 Uhr

Herr Skrypek lässt den Antrag über Warmwasser für die städtischen Sporteinrichtungen als Willensbekundung außerhalb der Tagesordnung abstimmen. Damit setze der Stadtrat ein Zeichen gegenüber dem Oberbürgermeister und der Verwaltung. Er möchte den Antrag erweitern und den Vorschlag des Oberbürgermeisters aufnehmen. Es soll eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet werden. Aus jeder Fraktion nehme ein Mitglied teil, welche sich tiefgründig mit dieser Problematik beschäftigen und alle Seiten betrachten (Stadt, Vereine, Sportler). Er fragt den Stadtrat, ob dies Übereinstimmung finde.

Der Stadtrat gibt seine Zustimmung.

Herr Skrypek bittet nun um Abstimmung.

Abstimmung über die Willensbekundung

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Herr Strauß nimmt den Vorschlag mit auf und wird die Arbeitsgruppe bilden. Bevor jedoch die Duschen wieder in Gang gesetzt werden können, müsse eine Wasserprobe vorgenommen werden. Dies leite er aber sofort in die Wege. Es dauert nur ein paar Tage, bis die Qualität feststehe. Schnellstmöglich und unverzüglich werde man dann das Duschen wieder ermöglichen. Er bittet die Vereine zu dem Vorschlag zu stehen und immer 1 EUR in das „Duschschwein“ zu werfen.

18:00 Uhr Beginn der Einwohnerfragestunde

Herr Sell bedankt sich bei der Verwaltung, dass auf dem Caravanparkplatz an der Mafa das Schild angebracht worden sei, dass kein Brauch- und Abwasser eingelassen werde. Er spricht das Kobermännchenfest an. Es war für die Vereine immer ein Fest der Präsentation, dies sei es leider nicht mehr. In diesem Jahr musste man erschreckend feststellen, dass man kaum ein Wort verstanden habe. Die paar Vereine, welche anwesend waren, konnten kaum kommunizieren. Die Fläche um die Marienkirche sollte eigentlich im Rahmen des Kobermännchenfestes eine Fläche der Familiengestaltung sein. Früher gab es eine Bühne, wo sich die Vereine präsentieren konnten und man in gemütlicher Runde sitzen konnte. Es sei nicht bürgerfreundlich, wenn man eine Absperrung mache und 10 EUR verlange.

Herr Strauß bedankt sich bei Herrn Sell, dass er immer ein wachsames Auge für den Caravanparkplatz habe. Bezüglich des Kobermännchenfestes werde man im Gewerbeverein und mit den Durchführenden der Veranstaltung die Hinweise auswerten. Er denke auch, dass der

Bereich um die Marienanlage im nächsten Jahr anders aussehen sollte und sicherlich auch aussehen werde.

Herr Viehmann, Geschäftsführer des Kreissportbundes im Landkreis Mansfeld-Südharz sagt, dass es ihn wahnsinnig mache, was hier in den letzten 2 Stunden passiert sei, was in dem letzten Monat passiert sei. Er glaube, sie alle haben noch nicht so richtig verstanden, bei allem Respekt, was eben gerade passiert sei. Er werde es kurz aus seiner Sicht erläutern. Zum einen habe ihn Herr Peche mit seiner Rede sehr berührt. Die Aktion, welche vom 03.08. an passiert sei, hat unseren sozialen Frieden sehr gestört. Habe man über die Personen gesprochen, die montags auf die Straße gehen, dann seien nun mehr dazu gekommen durch den Aktionismus vom Oberbürgermeister hier das Warmwasser abzustellen. Der Vorschlag, welcher jetzt an dieser Stelle kam, auch dank der Vorarbeit aus der Verwaltung, hier eine Woche später in einen Dialog zu gehen, mit den Vereinen, sei aller Ehren wert, jedoch sei dies aber zu einfach. Er schätze den Oberbürgermeister sehr und er weiß, dass er mit Zahlen umgehen könne. Nur könne er gerade keine Zahlen liefern. Nämlich was diese Aktion einsparen könnte oder eingespart hat oder was es schon an Kosten verursacht habe. Dies wäre auch interessant - das Hin und Her, das Vor und Zurück. Das würde die Ratsmitglieder sehr interessieren, was es schon an Ressourcen gebunden habe. Der Oberbürgermeister habe vorgeschlagen, die Duschen wieder anzuschalten und die Vereine zahlen dafür obligatorisch 1 EUR. Das könne man tun aus seiner Sicht, muss man aber nicht. Der Oberbürgermeister habe die Chance genutzt, hier den Aufschlag zu einer Gebührensatzung zu machen in der Stadt Sangerhausen - das erschüttere ihn. Das erschüttere ihn deshalb, weil es auch Dank von Herrn Michael möglich sei, seit vielen Jahren im Dialog, mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl die Sportstätten der Stadt Sangerhausen zu betreiben. Und zwar so zu betreiben, dass die Vereine keinen geltenden Beitrag abführen, keine Förderung bekommen und zum Teil zehntausende Euro pro Jahr in die städtischen Sportstätten investieren und man hier mit Fingerspitzengefühl ein Miteinander gefunden habe. Auch das sei eine Einsparung für die Stadt. Die Vereine kennen ihre Zahlen und die Vereine, wenn die Verwaltung die Zahlen benötige, können die Zahlen gerne liefern, was nämlich die Vereine theoretisch schon in die Sportstätten investieren und der Stadt damit Mehrkosten abnehmen. Der Oberbürgermeister habe vorhin gesagt, gestern im Kreistag, waren sie erschrocken, dass keine Person vom Sport vertreten war usw. Er habe schon registriert, dass der Beschluss im Tagesversatz zum Beschluss des Landrates kam. Der Oberbürgermeister orientiere sich also an dem Landrat. Er würde dringend davon abraten, damit meine er auch die Ratsmitglieder nicht, sich an der Gebührensatzung des Landkreises zu orientieren. Die stehe momentan bei 1 EUR pro Feld und Stunde mit kaltem Wasser im Moment. Der Landrat habe ein Konsolidierungsziel von 114.000 EUR. Aktuell werden 15.000 EUR eingenommen. Man könne sich demnach ausrechnen, dass man 10x so viel Geld einnehmen muss von den Vereinen, um das Konsolidierungsziel zu erreichen. Er wisse nicht, ob der Stadtrat auf diese Diskussion mit aufspringen wolle. Die Vereine liefern einen unwahrscheinlichen Beitrag dazu, dass die Sportstätten unterhalten werden. Die Vereine seien bereit sich zu beteiligen, auch im Zweifelsfall finanziell, dies haben sie gezeigt durch die Investition. Aber die Vereine werden es nicht schaffen, und dort werde man das Vereinssterben radikal vorantreiben, irgendwelche Gebühren auf Grundlage von Gebührensatzungen zusätzlich zu leisten. Das sei der Moment, wo er gerade platzt und diese Diskussion führe der Kreissportbund auch mit dem Landrat. Er verspreche dem Oberbürgermeister, es werde in den nächsten Wochen dazu in gesitteter Art und Weise, aber dann auch im politischen Rahmen, Gespräche und Diskussionen geben, sodass man dann dort auch eine Diskussion sehe und nicht alleine ihren Beschluss relativieren müsse. Seine konkrete Frage an den Oberbürgermeister wäre jetzt, wie hoch das Einsparungspotenzial bei den Sportstätten sei, wenn man Warmwasser, Licht und Gas einspare. Weiterhin fragt er, was die ganze Übung bis jetzt gekostet habe, durch Personal und Fachfirmen, welche das Hin und Zurück schon durchgemacht haben. Er möchte weiterhin ergänzen, dass man die einzige Kommune in ganz Sachsen-Anhalt sei, Landkreis Mansfeld-Südharz und Stadt Sangerhausen, die dieses Thema Warmwasser abschalten, im Moment durchführe.

Herr Strauß bedankt sich bei Herrn Viehmann für seinen Redebeitrag. Er könne jedoch die Fragen nicht beantworten, da müsse er viele Leute damit beschäftigen, es genau auszurechnen und zu messen. Die Stadt Sangerhausen habe diese Kapazitäten nicht. Bei der ganzen Diskussion sei deutlich geworden, wie sehr der Stadtrat höchstemotional umso ein Thema ringe. Es sei allen schwergefallen sich zu einer guten Lösung durchzuringen. Inwieweit der Beitrag nun von Herrn Viehmann im Nachgang irgendwie was Positives geleistet habe, mag nun jeder für sich selbst beurteilen. Er möchte nur eins aufwerfen, wenn Herr Viehmann betone, dass die Stadt Sangerhausen die einzige Kommune sei, welche kein Warmwasser anbietet. Er wisse, was in anderen Kommunen in Sachsen – Anhalt und über Sachsen – Anhalt hinaus in der Diskussion sei und werden wird. Man stelle sich die Frage, ob man die Turnhallen geöffnet lassen könne oder ob man diese über den Winter beheize. Er fragt, ob man sich, wie z. B. in Riestedt die monatlichen 20.000 EUR, leisten könne. Dafür könne er in Riestedt 4 Bauhofmitarbeiter für das ganze Jahr abstellen lassen. Diese Diskussion werde in anderen Kommunen geführt. Bei der vergangenen Bürgermeisterberatung wurde abgefragt, ob man die Schwimmhallen mit dem gewaltigen Energieverbrauch offenhalten könne. Dies wurde bejaht, man müsse es unbedingt. Es sei lebensnotwendig, dass die Kinder schwimmen lernen können. Mit diesen Fragen setzen sie sich gerade auseinander. Auch er platze fast, es gehe ihm ähnlich. Er wünscht Herrn Viehmann weiterhin viel Erfolg bei der Lobbyarbeit für den Kreissportbund.

Herr Siefke reagiert mit der Aussage „aalglatte Sau“.

Herr Mackaus, Vorsitzender vom TTV Rosenstadt Sangerhausen e. V. sagt, die Sportstätte von ihrem Verein gehöre dem Landkreis. Er sei vor Ort, um die Solidarität der Tischtennisspieler mit den Sportlern aus Sangerhausen zu bekunden. Duschen sei nicht nur ein Menschenrecht, sondern es sei auch ein Sportlerecht. Dass die Sportler von der Stadt Sangerhausen nun wieder duschen können, wäre sehr gut. Der Verein hatte gestern in Sangerhausen ein Punktspiel mit Sportlern aus Bennungen (Kreis Südharz). Das Spiel fand jedoch nicht statt, da die Sportler wieder abgereist seien, weil das Duschen mit warmem Wasser nicht möglich war. Die gestrige Situation mit Bennungen war für den Verein sehr peinlich und beschämend. Er sei selbst Intensivkrankenpfleger und nicht duschen zu können sei unhygienisch. Er fragt, ob in diesem Raum auch Kreistagsmitglieder sitzen. Er bittet diese Mitglieder den Landrat zu überzeugen, diesen Irrsinn ein Ende zu machen. Es sei eine Mogelpackung und es werde keine Energie eingespart. Zu Hause verbrauche man mehr Energie, als in der Turnhalle. Zumal die Turnhalle an der Pestalozzi Schule mit Strom beheizt werde. Weiterhin berühre in gerade sehr, dass die Kommunen und Landkreise kein Geld haben, aber Geld für die Rüstung sei da. Es gehe so nicht weiter. Die Menschen gehen auf die Straße und wie Herr Hüttel bereits sagte, können die Menschen die Rechnungen nicht mehr bezahlen. Er bittet nochmals darum, beim Landrat zu sorgen, dass diese Peinlichkeiten aufhören, nicht duschen zu können.

Herr Dobert spricht die Internetseite www.meinsangerhausen.de an. Dort habe man eine Rubrik „Rundum versorgt“. Hier werde auf die ärztliche Versorgung der Stadt Sangerhausen eingegangen. Spätestens ab dem kommenden Frühjahr habe man das Problem hinsichtlich der kinderärztlichen Versorgung, weil Herr Dr. Herzog seine Praxis aus Altersgründen schließen werde. Er habe das Thema schon einmal in einer Einwohnerfragestunde angeführt und dort wurde ihm geantwortet, dass die Stadt Sangerhausen nur begrenzt leistungsfähig sei, zu fragen bzw. sich zu bemühen. Der Landkreis habe es sich auf die Agenda geschrieben. Er fragt nun, ob es möglich sei, dass die Verwaltung bzw. der Oberbürgermeister sich noch einmal dafür starkmachen können, aufgrund dieser kinderärztlichen Unterversorgung, welche in Sangerhausen eintreten werde. Andere Kinderärzte können keine weiteren Kinder aufnehmen. Es könne nicht sein, dass sich die Stadt Sangerhausen eine Website leistet und dort von einer exzellenten ärztlichen Versorgung spreche. Die Leute ziehen dann nach Sangerhausen und haben keinen Kinderarzt. Dies sei sehr beschämend.

Herr Strauß bejaht die Frage. Er könne sich dafür starkmachen und einsetzen. Inwieweit es von Erfolg gekrönt sei, stehe auf einem anderen Blatt. Die Situation sei bekannt. Man habe bereits viele Problembeschreibungen davon erlebt. Es gebe tatsächlich aktuell zu wenige Ärzte. Dies sei keine Situation, die die Stadt Sangerhausen selbstständig lösen könne. Er werde es auch bei der kassenärztlichen Vereinigung ansprechen, dass ein weiterer Kinderarzt wegfalle. Dies bleibt das Einzige, was er tun könne.
Weiterhin habe er eine Bitte an den Stadtratsvorsitzenden. Er wurde aus den Reihen der AfD-Fraktion als aalglatte Sau betitelt und beschimpft. Dies soll im Protokoll niedergeschrieben werden.

Herr Siefke meldet sich und gibt zu, die Aussage getätigt zu haben, weil es so sei.

Herr Skrypek ermahnt Herrn Nico Siefke.

Herr Siefke meint, er könne seine Meinung äußern.

Herr Skrypek sagt, dies sei keine Meinungsäußerung.

Herr Aschenbrenner, stellv. Vorsitzender SV Alemania Riestedt e. V. bezieht sich auf die Sportstätten. Er möchte Fragen beantworten und Sachen klarstellen, die seitens des Oberbürgermeisters geäußert wurden. Er bezieht sich auf die Aussage von Herrn Koch. Die Warmwasseraufbereitung in der Turnhalle Riestedt sollte abgestellt werden. Man habe darum gebeten, es über eine Fachfirma machen zu lassen. Dies wurde abgelehnt. Daraufhin kam ein Mitarbeiter der Stadt Sangerhausen. Dieser habe den Zulauf gestoppt, aber die Warmwasseraufbereitung laufe nach wie vor. Die Kesseltemperatur liege bei 71 Grad. Es werde die ganze Zeit geheizt und dadurch verursache man Kosten. Bei den 20.000 EUR Kosten monatlich, welche genannt wurden, frage er sich, ob man sich Gedanken gemacht habe, woher es komme. Der Verbrauch sei um 50 % gestiegen. Die Zahlen habe der Verein bereits seit 3 Wochen vorliegen. Er frage sich, wie die 50 % Steigerung zustande kommen. In Zeiten von Corona waren die Sportstätten geschlossen. Wenn man sich dann als Stadt einer technischen Überprüfung verweigere bzw. die Antwort bekomme, man habe noch andere Sachen zu tun, machen sie kein Stress und denken sie, dass sei das Einzige, was wir hier machen, dann frage er sich, wie ernst es genommen werde. Fakt sei, die Verbräuche seien gestiegen. Die Hinweise, woran es liegen könne, haben sie als Verein getätigt. Es müsse ein technischer Defekt sein bei 50 % Steigerung. Es wurde festgestellt, dass die Anlage von 6 Uhr bis 22 Uhr heizt. Er fragt nach dem Grund. Weiterhin spricht er die Gebührenthematik und damit die Stadträte an. Er bittet darum, das Thema Gebühren nicht anzufassen. Jeder Verein, der gerade in diesen zwei schweren Zeiten versuche, alles an Leben zu erhalten, werfe man nur noch mehr Steine in den Weg. Es sei nicht tragbar. Sein Verein habe mit der Stadt ein eigenes Konzept gefunden. Im letzten Jahr wurden 34.000 EUR durch den Verein als Eigenmittel eingebracht. Es haben alle Vereine der Stadt Energiesparmöglichkeiten aufgezeigt. Bis heute wurde nicht darauf eingegangen. Er stellt nochmal die Frage, warum werden die Energiesparhinweise welche die Vereine an die Stadt gegeben haben nicht umgesetzt, bzw. werde nicht darüber gesprochen, wenn den Vereinen permanent vorgehalten werde, was für viele Kosten sie verursachen.

Herr Strauß sagt, diese Hinweise werden natürlich umgesetzt. Man werde eine Arbeitsgruppe bilden, die nicht nur mit Gebühren beschäftigen werde, sondern auch mit den Einsparhinweisen. Es werden alle technischen Anlagen, nicht nur in Riestedt, überprüft und gewartet. Es sei aktuell sehr schwer einen Heizungsmonteur zu beauftragen, dies sei leider zurzeit nicht so einfach. Die Verwaltung werde diese Hinweise umsetzen und auch die technische Ertüchtigung vornehmen.

Herr Viehmann fragt, ob es möglich sei, dass der Sport in Form der Vereine oder des Kreisverbandes in dieser Arbeitsgruppe mit beteiligt werde. Dies wäre aus sportfachlicher Sicht sinnvoll.

Herr Skrypek erläutert, da es überfraktionell sei, werde bei der ersten Sitzung festgelegt, wie weiter verfahren werde. Es sei nicht auszuschließen, aber dies sollte die Arbeitsgruppe entscheiden.

18:22 Uhr Ende der Einwohnerfragestunde

Herr Peche hat auf seine Ausführungen eine Antwort erwartet, zumindest auf den ersten Teil. Jedoch die Eindrücke und Geschehnisse, die er heute in der Sitzung erlebt habe, komme er zum zweiten Teil seiner Ausführung. Er denke an 1989 zurück. Man bewege sich in eine Richtung, welche nicht mehr weiter so verantwortbar sei. Am 02.12.1989 gab es in Sangerhausen eine Kreistagssitzung. Zu dieser Sitzung gab es eine Familiendemonstration. Nach Schätzung der Presse waren 18.000 Menschen unter dem Thema Kriegsspielzeuge auf der Straße. Man habe als Veranstalter auf dem Schützenplatz vor der Kreistagssitzung Kriegsgeräte gesammelt. Dies passe zu der heutigen Zeit, wie die Faust aufs Auge. Sie durften dann an der Kreistagssitzung zeitweise daran teilnehmen. Dies erinnere ihn nun daran, wo man heute sei. Mangelwirtschaft – man wusste nicht mehr weiter, man wusste nicht, wie man es wie finanzieren könne. Man wusste nicht, wie man die Turnhallen weiter betreiben könne, da sie in einem maroden Zustand waren. Heute erkläre man dies mit technischen Ursachen, man müsse Bestimmungen einhalten und habe sich auf die Energiesituation einzustellen. Er fragt, ob es nicht langsam gegeben sei, damit aufzuhören. Dies habe nichts damit zu tun, dass man damit Putin unterstütze. Man solle wieder daran denken, einen Frieden in unserem Land hinzubekommen und nicht das Land weiter auseinanderzutreiben und es in radikale Richtungen gehe. Er habe davor Angst, weil er heute hier das erste Mal, solange er im Stadtrat sei, parallelen sehe zu dieser Sitzung, an welcher er damals im Kreistag teilgenommen habe. Hier wurde man auch arrogant und oberflächlich abgekanzelt, mit Bestimmungen, das koste Geld und man habe es so zu machen. Nein! Sie alle sollten endlich überlegen, wie es besser weitergehen könnte. Das gehe nicht, wenn man die Mittel sonst wo hingebe, sie haben bei uns in Städten, in Gemeinden, in unserem Staat zu bleiben.

Herr Strauß entschuldigt sich, dass er den ersten Teil der Ausführungen von Herrn Peche nicht beantwortet habe. Es war keine Absicht, man habe aber bereits in der Vergangenheit viel darüber gesprochen zur Thematik Sanierung der Marienkirche. Die Kirche spiele für die Stadt Sangerhausen eine sehr wichtige Rolle. Nicht nur als Bauwerk, sondern auch als Stätte, wo der Kulturverein *Armer Kasten* tätig sei. Im Gegensatz zum Landesverwaltungsamt sei der Stadt Sangerhausen, dem Sanierungsbüro, Frau Diebes und dem Oberbürgermeister persönlich es nicht egal, was der Sanierungsausschuss beschlossen habe und beschließe. Die Stadt versuche, das, was machbar sei, herauszuholen und umzusetzen. Natürlich sei man eine Verwaltung und man könne nur das Geld, was das Landesverwaltungsamt der Stadt Sangerhausen zur Verfügung stelle, einsetzen. Man sei aktuell dabei Lösungen zu finden, inwieweit man kleine Maßnahmen machen könne oder alternative Finanzierungsformen finden könne. Dies sei alles nicht zufriedenstellend. Er verstehe den bestehenden Frust. Er könne nur versichern, dass die Stadt Sangerhausen versuche, das was möglich sei umzusetzen und da wo es nicht gehe zu versuchen, ein Wunder hinzubekommen. Aber der Verwaltung sei es wichtig, was der Stadtrat denke und was der Sanierungsausschuss beschließe.

Herr Skrypek sei auch der Meinung, dass man die Marienkirche und das Rathaus zumindest auf einer Ebene behandeln sollte und nicht das Eine gegen das Andere auszuspielen. Es müsse doch möglich sein, den „kleinen Betrag“ für die Marienkirche, damit es dort weiter-

gehe, aufzubringen und wenn es innerhalb des Haushaltes sei. Aber dieses kleine Pflänzchen, welches in der Marienkirche gerade wächst, sollte man nicht im Keim ersticken, in dem keine Mittel vorhanden sind.

TOP 7 Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

TOP 7.1 Abberufung, Berufung und Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates

- <u>Abberufung:</u>

Herr **Ringo Siebert (B.I.S.)** tritt als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus zurück.

- <u>Berufung und Verpflichtung:</u>

Nach § 49 (3) i. V. m. § 47 (1) KVG LSA wird Herr **Veit Baeske (B.I.S.)** als **sachkundiger Einwohner** in den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus berufen.

Herr Skrypek bittet Herrn Veit Baeske nach vorn und verpflichtet ihn auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten.

****

Verpflichtungstext:

„Ich verpflichte Sie gemäß § 30 (3) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen- Anhalt. Sie haben Ihre Aufgaben als sachkundiger Einwohner zu erfüllen und sich an die Pflichten laut KVG LSA, §§ 32 und 33, zu halten.

Gemäß § 30 (3) KVG LSA sind die ehrenamtlich Tätigen auf die ihnen nach den §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten sowie auf die Regelungen des § 34 hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest:
Der heute anwesende sachkundige Einwohner wurde schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt und die Kenntnisnahme wurde durch ihre Unterschrift dokumentiert.
Nach Vorliegen der Verpflichtungserklärung ist die Verpflichtung gemäß § 30 (3) KVG LSA erfolgt und wird dokumentiert."

****

Herr Wagner verlässt die Sitzung 18:30 Uhr = 29 Anwesende

Abstimmung über die Abberufung / Berufung / Verpflichtung

Ja-Stimmen	=	29
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

TOP 7.2 Berufung des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Lengefeld innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
Vorlage: BV/450/2022

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Der Ortschaftsrat Lengefeld stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:
Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 22.09.2022 Herr Marcus Kandel zum Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Lengefeld für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen wird.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	29
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 1-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-29/22** registriert.

Herr Strauß ernennt Herrn Marcus Kandel zum Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Lengefeld für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit, nachdem dieser den Amtseid gesprochen hat. Er händigt die Ernennungsurkunde aus. Herr Skrypek und Herr Michael schließen sich den Glückwünschen an.

TOP 7.3 Satzung über die Erhebung von Kostenersatz in Form von Gebühren und Auslagen für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sangerhausen, außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung)
Vorlage: BV/460/2022

Begründung: Herr Michael

Herr Jung verlässt die Sitzung 18:36 Uhr = 28 Anwesende

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:
Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Kostenersatz in Form von Gebühren und Auslagen für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sangerhausen, außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung) unter Berücksichtigung der Mindesteinsatzzeit pro Feuerwehrfahrzeug mit 60 Stunden pro Jahr.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 2-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-29/22** registriert.

TOP 7.4 5. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen
Vorlage: BV/461/2022

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 0 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen ab.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 0 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen ab.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Es erfolgte keine Abstimmung, aufgrund von mehreren Einwänden und Fragen.

Die Ortschaftsräte lehnten die Beschlussvorlage mehrheitlich ab.

1 Ortschaftsrat stimmte der Beschlussvorlage zu. (Breitenbach)
12 Ortschaftsräte lehnten die Vorlage ab. (Gonna, Grillenberg, Großleinungen, Horla, Lengefeld, Obersdorf, Oberröblingen, Riestedt, Rotha, Wolfsberg, Wettelrode und Wippra)
1 Ortschaftsrat enthielt sich der Abstimmung. (Morungen)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Herr Windolph meint, jetzt wo die Preise überall steigen und ins unermessliche gehen, sollten die Eltern nicht weiter belastet werden. Das heiße aber nicht, dass man nicht verstehe, dass die Stadt Sangerhausen höhere Kosten habe und infolgedessen auch angemessen umlegen muss. Als damals bereits über die Satzung gesprochen worden sei, habe man eine jährliche Erhöhung über z. B. 5 EUR als sinnvoll erachtet, anstatt 2/3 Jahre zu warten. Eine Festsetzung auf 5 bzw. 10 EUR jährlich als Automatismus in die Satzung aufzunehmen. Diesbezüglich warte man noch auf eine Antwort der Verwaltung, ob dies möglich sei. Weiterhin habe ihn die Stellungnahme des Elternbeirates verwundert. Es werde von denen keine Erhöhung befürwortet. Stattdessen werde eine Erhöhung der Kosten durch entsprechende Forderungen an den Träger der Einrichtung aufgemacht und auf der anderen Seite gesagt, man möchte als Verbandsvertreter / Elternvertreter seine Einnahmen (Aufwandsentschädigung) mithaben. Dies verstehe er nicht.

Herr Hüttel sagt, in der Stellungnahme des Stadtelternrates habe dieser auf die Situation der Eltern in Sangerhausen und auf die Situation des Elternrates hingewiesen. U. a. auch auf die Situation, was die zusätzlichen Kosten der Essensversorgung betreffe. Das eine mit dem anderen zu verbinden, sei aus seiner Sicht völlig daneben. Man habe die Situation dargestellt. Man müsse über bestimmte Dinge des Ehrenamtes reden. Die Elternvertreter haben sehr viel Arbeit damit. Es gehe nicht immer alles kostenlos. Er fragt, ob es jemals einen richtigen Zeitpunkt dafür gebe. Für die Fraktion DIE LINKE. werde es im Bereich Kita-Gebührenerhöhung nie einen richtigen Zeitpunkt geben. Sie stehen für die kostenlose Bildung und kostenlose Kita. Sie stehen hinter dem Stadtelternrat mit der Forderung von unserer Verwaltung und dem Oberbürgermeister bezüglich des Landes bzw. dem Bund auch dort vorstellig zu werden. Frühkindliche Bildung müsse in diesem Land endlich kostenfrei sein. Man habe aktuell eine zweistellige Inflation im Land. Jetzt an die Kita-Gebühren heranzugehen entspreche überhaupt nicht der Lage, wie sie wirklich vor Ort sei. Seine Fraktion habe geärgert, dass die Verwaltung bzw. der Hauptverwaltungsbeamte im Vorfeld nicht auf die Stadträte zugegangen sei. Natürlich sei der Stadtrat der Entscheider, aber er fragt, warum eine Beschlussvorlage erstellt werde, ohne vorher zu fragen, ob es überhaupt eine Chance habe. Man hätte sich die ganze Problematik sparen können. Gott sei Dank sei der Stadtrat in den letzten Jahren in dieser Beziehung sehr sozial geblieben. Er möchte auch weiterhin, dass dies so bleibe. Die Fraktion DIE LINKE. lehne die Beschlussvorlage ab.

Herr Strauß möchte auf zwei Punkte eingehen. Bildung sei nie kostenlos und auch die Kinderbetreuung sei nie kostenlos. Man streite sich um den Punkt, wer bezahle es. Die Kosten entstehen und das sei der Punkt, wo man entscheiden müsse. Bezahlen zu einem gewissen Teil die Erwachsenen, die die Kinder haben und die Kinderbetreuung nutzen oder sage man unseren Kindern oder Enkelkindern, ihr habt Pech gehabt und müsst später selbst bezahlen. Das, was man nicht gegenfinanzieren könne, gehe in die Verschuldung. Wäre er auf den Stadtrat im Vorfeld zugegangen, hätte Herr Hüttel ihn als erstes gefragt, was die Gemeindeelternvertretung dazu sage. Es sei egal, wie er es mache, er mache es garantiert falsch. Es gebe aber auch einen weiteren Grund, warum er nicht vorher frage. Der Stadtrat entscheidet durch Beschluss und seine Aufgabe sei es, die Beschlüsse nach bestem Wissen und Gewissen vorzubereiten, natürlich mit der Unterstützung seiner Mitarbeiter, um es dem Stadtrat vorzulegen. Natürlich wäre es schöner, jedes Jahr ein bisschen

zu erhöhen, aber er könne sich daran erinnern, dass in den letzten Jahren es immer wieder abgelehnt worden sei. Im letzten Jahr war eine ähnliche Vorlage, wo er aus ihren Reihen aufgefordert worden sei, dass er im nächsten Jahr diesen Quatsch bitte lassen solle. Er mache seine Aufgabe und der Stadtrat könne und müsse darüber entscheiden, mit bestem Wissen und Gewissen.

Herr Skrypek sagt, man habe einen Verweisungshauptausschuss, wo dem Stadtrat vorgeschlagen werde, was der Oberbürgermeister gedenkt in die nächste Ratssitzung einzubringen. Dort könne man auch ablehnen.

Herr Koch möchte auf das Problem eingehen, welches zwischen Herrn Hüttel und dem Oberbürgermeister konträr diskutiert worden sei. Vielleicht sollte man dazu übergehen und versuchen, dass aus der Verwaltung signalisiert werde, was an nächsten Entscheidungen anstehe. Er schlägt eine Halbjahresplanung vor, um sich als Fraktion längerfristig darauf vorzubereiten. Nun komme er zur Vorlage. Die Bundesregierung habe vor, das Kindergeld zu erhöhen. Nun komme man und wolle das Geld wieder abschöpfen. Es sei ein unglücklicher Zeitraum. Man habe generell ein Problem damit, dass Familien mehr belastet werden, unabhängig von der Situation, nur jetzt sei es extrem verschärft. Die Preise explodieren. Das, was der Stadtrat vorgelegt bekommen habe, sei Zündstoff und sie würden auch Zündstoff beschließen. Er könne aber auch die Verwaltung aus einer Richtung verstehen. Man stehe in der Haushaltskonsolidierung und man müsse ein Nachweis erbringen, dass man alle Möglichkeiten ausschöpfe, um die Einnahmeseite zu verbessern. Aber er könne da nicht mitmachen, da die Haushaltskonsolidierung ein absoluter Blödsinn sei und absolut nichts bringe außer, dass man die Situation weiter verschärfe. Es sei eine Vergeblichkeitsfalle. Man verärgere die Bevölkerung, heize die Situation an und erreiche letztendlich nichts. Im Gegenteil, das Loch werde wieder größer. Das könne er jetzt schon erkennen, denn ob das 20 oder 25 Millionen seien. Er zähle gar nicht die Verschuldung im Bereich des Vermögens auf, sondern wenn die Preise jetzt kommen, die signalisiert werden, auch die Zinsbelastung durch die Erhöhung des Leitzinses. Er habe keine Lust, gegen Windmühlen zu kämpfen.

Herr Windolph spricht Herrn Koch an. Denn wenn er sage, die Haushaltskonsolidierung sei nicht mehr Tagesthema, weil es egal sei, dann habe er erfolgreich eine Republik in den Ruin getrieben. Das man nicht als Kommune oder Landkreise hinreichend finanziert sei, sei sicher eine Tatsache, welche alle unterschreiben können. Aber das Geld falle nicht vom Himmel. D. h. egal wer fordert, muss auch seine Teile und Anteile dafür erbringen. Dies tun sie mit bestem Wissen und Gewissen sowohl der Oberbürgermeister als auch der Stadtrat. Er könne nur empfehlen, sich konsolidierend zu beteiligen.

Herr Koch meint, solange nicht erkennbar sei, dass man eine Übergewinnsteuer oder Reichensteuer einführe, sehe er nicht ein, als Kommune in Vorleistung zu gehen. Nur wenn von oben ein Signal käme, könne er sagen, dass es Sinn mache.

Beschlusstext:
Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die 5. Änderung der in der Anlage beigefügten Satzung über die Kostenbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	1
Nein-Stimmen	=	27
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 3-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-29/22** registriert.

TOP 7.5 Ersatz der finanziellen dienstbezogenen Aufwendungen des Hauptverwaltungsbeamten
Vorlage: BV/456/2022

Herr Strauß hat sich für befangen erklärt und nimmt im Zuhörerbereich Platz = 27 Anwesende

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

Herr Koch sagt, es gebe zu der Beschlussvorlage eine gesetzliche Grundlage oder Richtlinie. Jedoch müsse man kritisch in Richtung Landespolitik schauen, inwieweit diese ein Gefühl dafür habe, welche Situation sich angebahnt habe, wo es beschlossen wurde und sich weiterentwickelt. Es lande nun auf dem Tisch des Stadtrates, es zu entscheiden. Natürlich gestehe man dem Oberbürgermeister das Recht auf Entschädigung ein. Er war von 2009 bis 2013 Mitglied des Bundestages, Fraktion DIE LINKE. und diese Fraktion habe im Landtag Sachsen-Anhalt alle Diätenerhöhungen abgelehnt. Sie wurden aber beschlossen und überwiesen. In der Fraktion wurde der Beschluss gefasst, dass diese Gelder nicht in Anspruch genommen werden, sondern in einem Verein gesteckt werden, welcher extra gegründet worden sei und daraus soziale Initiativen finanziert werden. Jeder Verein könne sich dahin wenden und es online beantragen. Er habe jeden Monat 1.100 EUR an diesen Verein überwiesen. Er möchte dies nicht als Beispiel nennen und es genauso erwarten, sondern Sensibilität wecken, welche dahinterstecke. Man schätze die Arbeit des Oberbürgermeisters sehr, auch wenn vieles kontrovers diskutiert werde. Seine Fraktion B.I.S. bringe einen Änderungsantrag ein. Der Beschlusstext der Beschlussvorlage sagt, die Höhe der Aufwandsentschädigung für den Hauptverwaltungsbeamten von 320 EUR auf 274 EUR reduziert werde und der Beschluss wie folgt geändert werden solle.
Der Stadtrat beschließt, die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung für den Hauptverwaltungsbeamten gemäß Kommunalbesoldungsverordnung ab 01. Oktober 2022, auf 274 EUR festzusetzen.
Der Oberbürgermeister sei bekannt für seine Vehemenz und Zielstrebigkeit hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung. Jeder Euro, welcher machbar sei, werde zur Entscheidung gestellt. Dies könne er in dieser Vorlage nicht erkennen. Er hätte an der Stelle des Oberbürgermeisters das Mindeste in Anspruch genommen.

Herr Nothmann meint, dem Oberbürgermeister stehe das Geld zu. Es wurde nicht der höchste Betrag in Anspruch genommen. Er habe es bereits vor 6 Wochen erfahren, dass es erhöht werden solle. Dies sei durch den Landtag gegangen und man könne es nicht ändern.

Herr Hüttel unterstütze den Vorschlag der Fraktion B.I.S. Natürlich könne man es nicht ändern. Das Problem sei nur, dass der Landtag es beschließe und der Stadtrat könne es nicht ändern, sondern müsse darüber abstimmen. Dies habe nichts mit Demokratie zu tun.

Herr Schuster, sagt, dass man sich grundsätzlich im Rahmen des Gesetzes bewege. Es sei ermittelt worden, was angemessen sei. Dies sei nicht zu beanstanden. Bei der Verantwortung, welcher ein Hauptverwaltungsbeamter an den Tag legen müsse, ob Landrat oder

Oberbürgermeister, welcher immer im Dienst sei, das Telefon nicht stille stehe, müsse man dies akzeptieren. Eine Neiddiskussion könne man nicht gebrauchen. Er stelle eine rechtskonforme Vorlage vor und es gebe deutliche Kriterien.

Herr Schmidt meint, der Oberbürgermeister habe eine sehr große Verantwortung und dies in dieser Zeit, stärker denn je. Der Oberbürgermeister sei immer erreichbar. Diese Leistung müsse honoriert werden.

Herr Koch bezieht sich auf Herrn Schuster. Der Begriff Neiddiskussion war ein wenig mit Vorsicht zu genießen. Aber er frage, ob der Antrag rechtskonform sei oder nicht.

Herr Skrypek sagt, sonst hätte er ihn nicht entgegengenommen.

Herr Koch spricht weiterhin Herrn Schmidt an. Es gehe nicht um die Frage, inwieweit das Engagement honoriert werde, sondern das werde mit der Besoldung bezahlt. Die Aufwandsentschädigung sei gedacht für die Wahrnehmung von gewissen Verpflichtungen außerhalb der Dienstzeit und dem Aufwand (Bekleidung, Essen usw.). Ein Fahrzeug habe er zur Verfügung.

Herr Kemesies sagt, dass nicht ohne Grund der Landtag sich das Besoldungsgesetz auf den Plan gerufen habe, um es zeitgemäß zu überarbeiten. Es wurden Von-Bis-Spannen festgelegt. Im Gesetz wurden diese Spannen abgesteckt. Der Stadtrat habe demokratisch zu entscheiden, wohin der Weg gehen solle. Es sei von der Verwaltung verantwortungsgemäß 320 EUR in die Beschlussvorlage eingearbeitet worden, weil man sich von der Einwohnerzahl in der Mitte bewege. Er finde es persönlich in Ordnung. Natürlich könne man unterschiedlicher Meinung sein, nur sollte man bedenken, welche Aufwendungen vorhanden seien, die außerhalb der Dienstbezüge und der Dienstzeiten liegen, sodass eine Aufwandsentschädigung notwendig sei und bezahlt werde.

Herr Skrypek bittet nun um Abstimmung. Er verliest den Änderungsantrag:
Der Stadtrat beschließt, die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung für den Hauptverwaltungsbeamten gemäß Kommunalbesoldungsverordnung ab 01. Oktober 2022, auf 274 EUR festzusetzen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion B.I.S.

Ja-Stimmen	=	9
Nein-Stimmen	=	11
Stimmenenthaltungen	=	6

Ein Stadtratsmitglied hat nicht mit abgestimmt.

Der Änderungsantrag sei damit abgelehnt.

Beschlusstext:
Der Stadtrat beschließt, die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung für den Hauptverwaltungsbeamten gemäß Kommunalbesoldungsverordnung ab 01. Oktober 2022, auf 320 Euro festzusetzen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	17
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	7

Beschluss- Nr.: 4-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-29/22** registriert.

Herr Strauß nimmt wieder an der Sitzung teil = 28 Anwesende

TOP 7.6 Annahme der Angebote von Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA i. V. m. §§ 7 und 9 der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen Vorlage: BV/447/2022

Begründung: Herr Schuster

Herr Kemesies verlässt den Raum = 27 Anwesende
Herr Windolph verlässt den Raum = 26 Anwesende
Herr Schultze verlässt den Raum = 25 Anwesende

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:
Der Stadtrat stimmt der Annahme der folgend aufgeführten Zuwendung in Höhe von 10.000,00 € von der Sparkasse Mansfeld-Südharz für die Instandsetzung und Erneuerung der Spielplätze der Stadt Sangerhausen zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 5-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-29/22** registriert.

TOP 7.7 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 37.000,00 € für Mehraufwendungen im Sachkonto 52410000 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen Vorlage: BV/464/2022

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:
Der Stadtrat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 37.000,00 € für Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2022 unter dem

- *Produkt 57310100 – Mehrzweckgebäude und sonstige öffentliche Einrichtungen*
- *Sachkonto 52410000 – Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen zu.*

Die Deckung erfolgt aus

- *Produkt 11131100 – Bauhof*
- *Sachkonto 50120000 – Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 6-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-29/22** registriert.

TOP 7.8 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 45.000,00 € für die Grasmahd der Friedhöfe sowie Baumschnittarbeiten im Friedwald
Vorlage: BV/449/2022

Begründung: Herr Michael

Herr Kemesies zurück zur Sitzung = 26 Anwesende
Herr Kotzur verlässt den Raum = 25 Anwesende
Herr Schultze zurück zur Sitzung = 26 Anwesende

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:
Der Stadtrat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 45.000,00 € für die Grasmahd der Friedhöfe und Baumschnittarbeiten im Friedwald im

- *Produkt 55310100 – Friedhöfe*
- *Sachkonto 52210000 - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögen zu.*

Die Deckung erfolgt aus

- *Produkt 61110100 – Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen*

- *Sachkonto 40130000 – Gewerbesteuer.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	26
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 7-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-29/22** registriert.

TOP 7.9 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 236.814,60 € für die Bereitstellung von Fördermitteln zur Weiterleitung an die Städtische Wohnungsbau GmbH Vorlage: BV/438/2022

Begründung: Herr Schuster

Herr Windolph zurück zur Sitzung = 27 Anwesende

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:
Der Stadtrat stimmt den außerplanmäßigen Aufwendungen für die Bereitstellung von Fördermitteln zur Weiterleitung an die Städtische Wohnungsbau GmbH im

- *Produkt 55210100 – Wohnungsbauförderung*
- *Sachkonto 53170000 – Zuschüsse an private Unternehmen zu.*

Die Deckung erfolgt aus

- *Produkt 55210100 – Wohnungsbauförderung*
- *Sachkonto 41410000 – Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 8-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der

Beschluss-Nr. 8-29/22 registriert.

TOP 7.10 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 1.486.108,00 € für die Festsetzung der Kreisumlage 2022
Vorlage: BV/446/2022

Begründung: Herr Schuster

Herr Kotzur zurück zur Sitzung = 28 Anwesende

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:
Der Stadtrat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 1.486.108,00 € zur Kreisumlage 2022 im

- *Produkt 61110100 – Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen*
- *Sachkonto 53720000 – Allgemeine Umlagen an Landkreise zu.*

Die Deckung erfolgt aus

- *Produkt 61110100 – Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen*
- *Sachkonto 41310000 – Sonstige allgemeine Zuweisungen von Land.*
- *Betrag 194.994,00 €*

sowie

- *Produkt 61110100 – Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen*
- *Sachkonto 40130000 – Gewerbesteuer*
- *Betrag 1.291.114,00 €.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 9-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-29/22** registriert.

TOP 7.11 Beschluss über die Bestätigung des Jahresabschlusses der Stadt Sangerhausen zum 31.12.2017 und die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: BV/443/2022

Begründung: Herr Schuster

Herr Thunert verlässt die Sitzung 19:31 Uhr = 27 Anwesende

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:
Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen bestätigt den beigefügten Jahresabschluss zum 31.12.2017 der Stadt Sangerhausen und erteilt dem Oberbürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2017.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 10-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-29/22** registriert.

TOP 7.12 Aufhebung Sperrvermerk für Entnahme aus der SWG Vorlage: BV/455/2022

Begründung: Herr Strauß

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 0 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen ab.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 0 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen ab.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss gibt die Empfehlung mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und

0 Stimmenthaltungen.

Herr Hüttel meint, Herr Erdmenger habe den Finanzausschuss sehr gut informiert, wie die derzeitige Situation der städtischen Wohnungsgesellschaft sei und was es bedeute, 100.000 EUR jedes Jahr aus der Gesellschaft zu nehmen. Selbstverständlich werde an diesem Geld die Gesellschaft nicht morgen zusammenbrechen. Allein in diesem Jahr bedeute die Entnahme auf die nächste Zeit bis zu 700.000 EUR Investitionsverhinderung. Man wisse, dass aktuell die städtische Wohnungsgesellschaft mit 9 Mill. EUR Altschulden belastet sei, hauptsächlich aus DDR-Zeiten. Man habe aktuell 16 % Leerstandsquote. Die Situation werde nicht besser, wenn man nicht konsequent dagegen steuere. Er bezieht sich auf die in der Beschlussvorlage genannten 655.000 EUR Jahresüberschuss im vergangenen Jahr. Es gab im Jahr zuvor eine ¾ Mill. EUR Negativüberschuss. Der Jahresüberschuss im vergangenen Jahr habe hauptsächlich mit Einmaleffekten (Corona) und möglicherweise Investitionsrücknahme zu tun. Für ihn werde nicht klar definiert, wenn darin stehe, sie haben 4,75 Mill. EUR Liquidität. Jeder Unternehmer weiß, er müsse etwas ansparen, um zu investieren. Auch die aktuelle Situation auf dem Zinsmarkt sei bekannt. Man könne es deswegen nicht entnehmen. Er bittet um Ablehnung dieser Vorlage.

Herr Koch sei Mieter der SWG. Er unterliege aber nicht dem Mitwirkungsverbot, weil es Gruppencharakter habe. Wenn er sich anschaue, in welchen Zustand der Eingang sei, angefangen bei den Briefkästen, am Treppenaufgang bis in die Wohnung hinein. Er wohne am Rosengarten 14. Er fühle sich da wohl, aber die Wohnungen hätten es schon verdient, modernisiert zu werden. Es werde aber nicht gemacht. Ihn wundere, dass die Menschen, die dort wohnen, eigentlich gar nicht mitbekommen, über was man hier entscheiden wolle. Es wisse keiner, dass man Geld aus dem Unternehmen entziehe, was eigentlich für ihre Wohnungen sei. Er wehre sich gegen die Begründung in der Beschlussvorlage, dass man den Bestand der Firma nicht gefährde und spreche den Oberbürgermeister an. Wäre es so weit, könne man noch mehr entnehmen und mit 1 Mill. EUR den Bestand immer noch nicht gefährden. Es gehe um die Bonität und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Er war mehrere Jahre beim Landkreis. Man habe da auch Unternehmungen gehabt wie z. B. Abfallwirtschaftsbetriebe, Krankenhaus usw. Unter dem Landrat Pietzsch und dem damaligen Kreistag gab es nicht eine einzige Entnahme aus den kreiseigenen Firmen. Der Landkreis unterliege ebenfalls der Haushaltskonsolidierung. Sie lehnen die Beschlussvorlage als Fraktion B.I.S. ab. Man würde sich auch als Eigentümer dieser Fima volkswirtschaftlich unvernünftig verhalten. Man ziehe Geld heraus, was nachhaltiger in dieser Firma verwendet werden könne.

Herr Nothmann sehe ein prekäres Problem dabei. Er spricht Herrn Koch an. Könne er nun nicht mehr an die SWG zahlen, dann bliebe es an der SWG hängen. Man wisse nicht, wie sich die Heizkosten entwickeln.

Herr Kemesies sagt, gerade mit den Heiz- und Gaskosten haben alle zu kämpfen. So habe natürlich auch die SWG damit zu kämpfen. Man wisse nicht, wie die Zahlungen von den Mietern geleistet werden können. Es gebe zurzeit keine gesetzliche Grundlage, um die Nebenkosten zu erhöhen. Dazu müsse dem Mieter erst eine Abrechnung mit den höheren Kosten vorliegen. Vorher darf der Vermieter nicht erhöhen. Dies laufe alles auf freiwilliger Basis. Keiner weiß, ob die Mieter überhaupt zahlen oder nicht, wie viel Schulden auflaufen werden etc. Es sei für alle eine sehr unsichere Situation, genauso für die SWG. Hier können 100.000 EUR eine große Rolle spielen. Gerade wenn es auch darum gehe, den gesellschaftlichen Aufgaben, also die Bereitstellung von Wohnraum gerecht zu werden. Deswegen wurde die SWG gegründet, um dieses Ziel zu erfüllen, entsprechend den sozialen Mietraum zur Verfügung zu stellen und nicht um Gewinne abzuschöpfen und herauszuziehen aus der Gesellschaft. Die Gesellschaft sei in der Vergangenheit, so denke er jedenfalls, mit Aufgaben überlastet gewesen (IBAN-Projekt, Bahnhof usw.). Damit habe sie natürlich

auch Aufgaben im Quartiersbereich wie die Modernisierung vernachlässigt. Werden die beiden Gesellschaften WGS und SWG miteinander verglichen, wäre Nachholbedarf gegeben. Er spreche sich gegen eine Entnahme aus, um den Gesellschaftern ein wenig Luft zu geben und sich um die ordentliche Quartiersbereitstellung zu kümmern und einzusetzen.

Herr Hüttel sagt, dass Herr Erdmenger als Alternative vorgeschlagen habe, vorausgesetzt, die Aufsichtsratsmitglieder gehen mit, 200.000 EUR an Investitionen sprich 10 Wohnungen herzurichten. Dies sei genau das, was Herr Kemesies angesprochen habe. Es würde automatisch zur Verbesserung der Lage führen. Er finde die Idee sehr gut. Hier sollte man die Aufsichtsratsmitglieder auffordern, dies umzusetzen.

Beschlusstext:
Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Sperrvermerks im Haushalt 2022 der Stadt Sangerhausen und befürwortet die Entnahme aus der SWG in Höhe von 100 T€. Ein entsprechender Gesellschafterbeschluss ist im Jahr 2022 zu fassen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	4
Nein-Stimmen	=	21
Stimmenenthaltungen	=	2

Beschluss- Nr.: 11-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt und wird unter der **Beschluss-Nr. 11-29/22** registriert.

TOP 7.13 Aufhebung Sperrvermerk für Entnahme aus der KBS
Vorlage: BV/454/2022

Begründung: Herr Strauß

Herr Siefke verlässt die Sitzung 19:52 Uhr = 26 Anwesende

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 1 Ja-Stimme, 5 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen ab.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen ab.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss gab die Empfehlung mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen.

Herr Hüttel sagt, dass jeder in der Stadt weiß, dass die KBS ein Unternehmen sei, was nicht alleine leben könne. Sie speise sich aus den Gewinnen der SWS, um sie günstiger anzulegen. Man wisse über die aktuelle Energiesituation. Sehr viele Kunden kommen nun zur

SWS. Dies seien alles Dinge, was die SWS in der nächsten Zeit sehr belasten werde und wo es definitiv die riesigen Gewinnausschüttungen, welche es in der Vergangenheit gab, nicht mehr geben werde. Man habe aktuell das Stadtbad, wo man nicht weiß, wieviel es kosten werde. Den Kopfbau des Stadtbades habe man und auch das Bad in Wolfsberg. Das Geld, was angespart worden sei, werde möglicherweise in der nächsten Zeit aufgebraucht werden. Eine Entnahme zu machen, wäre kontraproduktiv.

Beschlusstext:
Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Sperrvermerks im Haushalt 2022 der Stadt Sangerhausen und befürwortet die Entnahme aus der KBS in Höhe von 250 T€. Ein entsprechender Gesellschafterbeschluss ist im Jahr 2022 zu fassen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	6
Nein-Stimmen	=	19
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 12-29/22

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt und wird unter der **Beschluss-Nr. 12-29/22** registriert.

TOP 7.14 1. Lesung der Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: BV/441/2022

Begründung: Herr Schuster

⇨ **1. Lesung**

TOP 7.15 1. Lesung der 16. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025
Vorlage: BV/442/2022

Begründung: Herr Schuster

⇨ **1. Lesung**

Herr Klaube verlässt die Sitzung 19:57 Uhr = 25 Anwesende
Herr Strauß, Herr Peche, Herr Schultze, Frau Seifert verlassen den Raum 19:57 Uhr = 21 Anwesende

TOP 8 Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

TOP 8.1 Eilentscheidung gemäß § 65 (4) KVG zur Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA für Ersatzbeschaffungen von Spielgeräten in den Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen
Vorlage: IV/037/2022

⇨ zur Kenntnis genommen

TOP 8.2 Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 26 Abs. 1 KomHVO LSA - Stand 30.06.2022
Vorlage: IV/039/2022

⇨ zur Kenntnis genommen

Herr Skrypek beendete um 19:57 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 12 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellte um 20:36 Uhr die Öffentlichkeit wieder her. Er gibt die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt:

TOP 10.1 Bestätigung eines vom Gericht vorgeschlagenen Vergleiches zur Beendigung eines Rechtsstreites in der Ortschaft Obersdorf

TOP 10.2 Ermächtigung zum Abschluss eines Vergleiches im anhängigen Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Halle unter Berücksichtigung des Grundsatzbeschlusses zur Badsanierung in Wolfsberg

TOP 10.3 Weiteres Vorgehen im Rechtsstreit BUND gegen Stadt Sangerhausen im Verfahren Bebauungsplan Nr. 26 "Industriepark Mitteldeutschland"

Um 20:38 Uhr beendete der Stadtratsvorsitzende *Herr Skrypek* die Sitzung und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen der Stadträte/-innen.

gez. Madeleine Schneegaß
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender